

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 8. - 13. Oktbr. 40 Mill. M. kreislaufend. Einzelverkaufspreis 7 Mill. M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtaheblatte Petzelle oder deren Raum 13 Mill. Mark, auswärts 150 Mill. mal Schlüsselfalz d. D. Z. B., Besamml., Arbeits- u. Wohnungsanzelg. 12 Mill. M., Reklamen 52 Mill. M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 238.

Donnerstag, 11. Oktober 1923.

30. Jahrgang.

Macht endlich aktive Politik!

Der Reichskanzler hat am Dienstag Gelegenheit genommen, vor einer kleineren Versammlung das Verhalten der Industrie gegenüber der Reichsregierung als durchaus loyal zu bezeichnen. Diese Loyalität sieht er darin, daß Stinnes, Klöckner und Komforten nach ihrer Rücksprache mit Degoutte in Berlin erschienen sind und ihm von dem Gang der Verhandlungen wahrheitsgetreuen Bericht erstatteten. Das ist richtig und es stimmt, daß der Verkauf der Besprechungen in einem umfangreichen Schriftstück festgelegt ist. Aber wir bedauern außerordentlich, daß der Reichskanzler in diesem Zusammenhange nicht gleichzeitig seine schärfste Mißbilligung über die Art und den Inhalt der Verhandlungen ausgesprochen hat. Er scheint die in der Presse gegen Stinnes erhobenen Vorwürfe falsch verstanden zu haben oder ist von seiner näheren Umgebung über die zum Ausdruck gebrachte öffentliche Kritik nicht sachgemäß unterrichtet worden. Sonst müßte auch Herr Dr. Stresemann gesehen bzw. eingesehen haben, daß sowohl die demokratischen Blätter wie wir uns nicht gegen die Verhandlungen an sich gewandt haben, sondern lediglich gegen Art und Inhalt, gegen die Unerschämtheit einzelner Industrieller bei einem französischen General, dem Leiter der Kampagne gegen das Ruhrgebiet, um Unterstützung für Forderungen nachzusetzen, die ausschließlich der Kompetenz des Reiches unterliegen. Auch uns ist es durchaus verständlich, wenn maßgebende Persönlichkeiten des Ruhrgebietes ehrlich versuchen, auf direktem Wege mit den Besatzungstruppen die Ordnung in den besetzten Gebieten wiederherzustellen. Das ist begreiflich, nachdem die Reichsregierung es unterlassen hat, mit dem Abbruch des passiven Widerstandes den Versuch zu sofortigen Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Produktion im Ruhrgebiet zu machen und damit vergaß, sich das alleinige Verhandlungsrecht auch in bezug auf das Ruhrgebiet zu sichern. Schließlich aber wird der Versuch der direkten Aussprache mit General Degoutte auch insofern verständlich, als das Reich die bisher gezahlten Ruhrkredite eingestellt hat und die Zahlung der bis jetzt noch veräußerten geringfügigen Summen in den allernächsten Tagen sperren will. Durch diese Taktik des Reiches, die wir bekämpft haben, waren die Unternehmer in die Lage gedrängt, sich selbst zu helfen und eigenmächtig zu handeln, wie auch die Gewerkschaften gezwungen wurden, nach eigenem Ermessen den Versuch zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet zu machen.

Aber den Herren Stinnes und Klöckner ging es nicht darum, ehrlich den Versuch zu Verhandlungen zu machen. Der Zweck ihrer Unterredung mit Degoutte war, die Unterstützung Frankreichs zur Erledigung der sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft zunächst für das Ruhrgebiet zu erlangen, um dann im unbefetzten Deutschland ebenso den Siegeszug gegen den Achtstundentag und die übrigen Rechte der Arbeitnehmerschaft anzutreten. Darüber hinaus haben diese Vaterlandsverräter geglaubt, sich eine eigene Außenpolitik leisten zu können, indem sie Herrn Degoutte die Gründung einer Eisenbahnbetriebsgesellschaft im besetzten Gebiet unter Beteiligung der Rheinlande, Frankreichs und der Industrie, wohlgerne nicht Deutschlands, vorschlugen. Dieser Schritt bedeutet praktisch eine Vorbereitung der Trennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes vom Reich und insofern eine offene Sabotage der Politik der Reichsregierung, als der Reichskanzler sich seit Wochen bemüht, in Reden und Interviews die Welt und Frankreich von der Unburdführbarkeit der einseitigen Regiepläne zu überzeugen, weil ihre Verwirklichung Deutschland außerstande setzt, Reparationen zu zahlen. Wenn das kein Landesverrat ist, Herr Reichskanzler, wenn die Eigenmächtigkeit der Phönix-Werke nicht gegen das Gesetz verstößt, dann wissen wir wirklich nicht mehr, welches Delikt eigentlich noch unter den Landesverratsparagrafen fällt.

Die Verhandlungen in Düsseldorf sind zwar ohne Ergebnis verlaufen, nicht weil Herr Stinnes das wollte, sondern weil Degoutte diesem „Deutschen“ klar machen mußte, daß speziell innerpolitische Angelegenheiten die Besatzung nichts angehen und es in Berlin — vielleicht zum Bedauern des Herrn Stinnes — immer noch eine Reichsregierung gibt. Immerhin aber hat Herr Poincare den Wink der Großindustrie verstanden und ihn mit Vergnügen aufgenommen. Er denkt heute nicht mehr daran, mit der Reichsregierung über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet zu verhandeln, sondern zieht lokale Abmachungen vor. Die Regierung ist an dieser Entwicklung ebenfalls schuldig wie die Kriegsmacher. Sie hat aus falscher Rücksichtnahme versäumt, frühzeitig direkte Verhandlungen zu erstreben, während die Regierungskrise sie außerstande setzte zu handeln, als sich auch bei ihr die Einsicht durchsetzte, daß schließlich doch der Versuch zu direkten Verhandlungen notwendig ist. So erleben wir nun vollkommene Intransigenz der französischen Regierung gegenüber dem verspäteten Ersuchen um direkte Auseinandersetzungen über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet und das Bestreben, mit den einzelnen Wirtschaftsgruppen Abmachungen zu treffen, um sich die Sachlieferungen durch direkte Privatlieferungsverträge zu sichern. Selbstverständlich ist die deutsche Schwerindustrie hierzu mit Begeisterung bereit. Was kümmert sie das Reich, wenn sie verdienen kann, wenn in Aussicht stehen,

die schließlich doch einmal zur Aufhebung der sozialpolitischen Errungenschaften führen können. Sie ist zu jedem Verrat bereit, der ihren Profit sichert und ihre vollkommene Beherrschung Deutschlands sichert. Das ist der Fall, wenn die Absichten Poincares gelingen, weil die deutsche Schwerindustrie dann durch die Privatlieferungsverträge in der Lage ist, dem Reich die Preise zu diktieren, während das Reich lediglich noch als Steuereinnahmer dasteht und die Profitgulle der Industrie zu befriedigen hat. Siegt Poincare, dann wird in Deutschland jede kommende Regierung als Anhängel der deutschen Trübsal zu betrachten sein, die die Preise für Kohle und Eisen festsetzen und dadurch die Preisregulierung für alle Produkte in der Hand haben.

Das ganze deutsche Volk — die Arbeiterschaft, der Handel und die weiterverarbeitende Industrie — hat allen Anlaß, gegen die jetzt in Entwicklung begriffenen Bestrebungen der Schwerindustrie Sturm zu laufen. Die Führung dieser Abwehr muß das Reich durch eine

aktive Außenpolitik

übernehmen, indem es versucht, mit der Gesamtentente über die Regelung der Reparationsfrage zu Verhandlungen zu kommen. Noch scheint diese Möglichkeit zu bestehen, wenn die Reichsregierung auf schnellstem Wege ein weitgehendes Angebot an die Reparationskommission macht. Laut Versailles Vertrag muß dieses Angebot geprüft und beantwortet werden. England, Italien und Japan haben bei dieser Prüfung mitsprechen. Es ist nicht unbekannt, daß insbesondere die englische Regierung die von Poincare in den letzten Tagen betriebene Politik nicht abneigt. Über auch in Frankreich selbst werden die Bestrebungen des französischen Ministerpräsidenten nicht ablehnt. Der Präsident der französischen Republik hat, wie uns zuverlässig berichtet wird, Geomer der gegenwärtigen Absichten Poincares sein und hier in Uebereinstimmung mit bestimmten Wirtschaftsprüfungsgremien handeln. Seine Einstellung ist u. M. mit der Auffassung begründet, daß die deutsche Schwerindustrie im Vorausblick kein ehrliches Spiel treibt. Uns scheint, die Bestrebungen sind hehrwürdig, jedoch noch die Wertschätzung, in unserem Kampfe um die Sicherung der Oberhoheit des Reiches Unterstützung in Frankreich und England zu finden. In diesem Ausblick, wo es um das Ganze geht, kann uns als ehrlichen Patrioten jede Unterstützung recht sein die das Reich vor dem Untergang bewahrt!

Poincare bleibt unzuverlässig.

Für Ausschaltung der deutschen Regierung.

III. Paris, 10. Oktober.

Die Schritte, die Herr von Weizsäcker laut Berliner Meldungen im Auftrage der Reichsregierung zur Bildung einer gemischten Arbeitsgemeinschaft im Ruhrgebiet heute bei Poincare unternehmen wird, dürften, nach Zeitungsstimmen zu urteilen, völlig ergebnislos verlaufen. Man versichert, daß die Antwort des französischen Ministerpräsidenten dem Text noch bereits ausgearbeitet worden sei und ihr Inhalt Herrn Weizsäcker, der nachher am Abend Herrn von Ködiger in Brüssel in Verfassung Angelegenheit empfing, bekanntgegeben wurde. Alles läßt darauf schließen, daß die alliierten Besatzungsmächte die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet nur mit den in Frage kommenden Persönlichkeiten an Ort und Stelle zu verhandeln wünschen. Sobald jede Spur des närrischen Widerstandes geschwunden ist und das Januarprogramm Frankreichs funktioniert, möge Deutschland nach seinem Erbdenken der Reparationskommission einen oder zwei Vorschläge oder Anreuer unterbreiten. Frankreich möchte noch wie vor eine sofortige Geldreform des Reiches, ohne die ernstliche Vorschläge hier undenkbar erscheinen. Der deutsche Geschäftsträger in Paris wurde von Toretti de la Rocca empfangen. Der deutsche Geschäftsträger lehnte es aber ab, ihm sein Visieren zu unterbreiten und hat den politischen Direktor des Quai d'Oran gestern abend wissen lassen, daß er Poincare unbedingt persönlich zu sprechen

Dollar 7 Milliarden.

Berlin, 10. Oktober.

Die geradezu fürchterliche Entwicklung im Berliner Devisenverkehr machte am Nachmittag und Abend noch weitere Fortschritte. Deutschland steht vor der Gefahr des völligen Aufhörens jeglichen Zahlungsverkehrs und Warenaustausches. Um 5 Uhr abends nannte man den Dollar mit 6,5 bis 7 Milliarden, und das englische Pfund mit 30-32 Milliarden. In Berliner Finanzkreisen steht man diesem völligen Zusammenbruch der Währung, der die schwärzesten Erwartungen und Befürchtungen weit hinter sich läßt, zunächst ratlos gegenüber. Man hofft, daß die Regierung schon in den nächsten 24 Stunden durch Schaffung eines, wenn auch nur interimistischen wertbeständigen Zahlungsmittels, die schlimmsten Folgen dieser Vorgänge am Devisenmarkt abwenden wird.

Kurs vom 11. Oktober:

Dollar 5 Milliarden.

wünsche. Poincare beabsichtigt den Geschäftsträger im Laufe des heutigen Vormittags zu empfangen.

Die in den Zeitungen veröffentlichten angeblichen Bedingungen der französischen Behörde für die Wiederaufnahme der Arbeit haben den Gewerkschaften des besetzten Gebietes Veranlassung gegeben, den General Degoutte um eine Besprechung zu erwirken. Diese Besprechung fand am Dienstag nachmittag mit einem Vertreter, dem General Demoges, statt. Es wird uns darüber berichtet, daß der französische General alle Gerüchte über die Einführung der zehntündigen Arbeitszeit und Affordarbeit, Abschaffung des Betriebsratsgesetzes, Aufnahme jeder zugewiesenen Arbeit, widrigenfalls die Ausweisung erfolgt mit der allergrößten Entschiedenheit als falsch bezeichnete. Keine französische Behörde und kein französischer Beamter, auch keine sonstige französische Stelle beschäftigt sich mit derartigen Plänen. Den Gewerkschaftsvertretern wurde anheimgegeben, in jeder ihnen beliebigen Weise von dieser Erklärung Gebrauch zu machen. Die Franzosen würden sich nicht darum kümmern, ob die deutschen Arbeiter vier Stunden oder zwanzig Stunden arbeiten. Sie würden in die deutsche Arbeiterorganisation keinen Eingriff vornehmen und lehnten es ab, mit deutschen Industriellen über diese Frage überhaupt zu verhandeln. Alle diese Erklärungen waren so bestimmt und eindeutig und wurden so oft wiederholt, daß bei den Gewerkschaftsvertretern kein Zweifel an der Richtigkeit dieser Behauptung aufkommen konnte. Alle gegenteiligen Nachrichten müssen demnach als falsch angesprochen werden.

Der Plan einer neuen Goldnotenbank.

Mit amerikanischem Kredit?

Bankdirektor Hjalmar Schacht, der während der letzten Regierungskrise als Nachfolger des Genossen Hilferding im Finanzministerium genannt wurde hat dem Währungsausschuß der demokratischen Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Schaffung einer Goldnotenbank überreicht, die den Namen „Bank von Deutschland“ führen soll. Der Plan sieht ein Kapital von 500 Millionen Goldmark (eine Goldmark = 0,358 Gramm Feingold) vor, das bei der Reichsbank und bei geeigneten Treuhändern im Auslande zu zeichnen ist. Die auszugehenden Noten müssen zur Hälfte durch Gold und zur anderen Hälfte durch gute Kaufmannswechsel gedeckt sein. Die Deckung wird bei den ausländischen Treuhändern hinterlegt. Die deutsche Regierung bestimmt die Säkung der Bank und ernannt den Präsidenten nebst seinem ersten Stellvertreter. Wechsel dürfen durch die Bank nicht akzeptiert werden. Sie ist aber berechtigt und verpflichtet, dem Reiche auf die ihm zustehende Gewinnbeteiligung einen zinslosen Vorkurs bis zur Höhe von 20 Proz. des Grundkapitals zu geben. Die Rückzahlung hat aus den jährlichen Gewinnaufschlägen des Reiches zu erfolgen. Die Reichsregierung ist ermächtigt, mit der Reichsbank Abmachungen zu treffen, nach denen diese ihre Einrichtungen der „Bank von Deutschland“ mit dem Ziel zur Verfügung stellen, die beiden Banken zu vereinen. Das Reich kann zum 1. Januar 1950 nach vorangehender einjähriger Kündigung die Liquidation der Bank verlangen.

Der Plan stellt u. E. einen Fortschritt gegenüber dem Regierungsentwurf dar. Die Neumark konnte nur Inlandszahlungsmittel sein, das gegen Anweisungen untauschbar war. Dagegen ist die Goldmark der „Bank von Deutschland“ als Auslandszahlungsmittel gedacht und gegen tauschbares Geld einlösbar. Das ist für die Stabilität der neuen Note von größter Bedeutung. Die Durchführung des Planes hängt jedoch davon ab, ob für das Noteninstitut Auslandsanleihen zu erhalten sind oder nicht.

Am Donnerstag dürfte der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit das Ermächtigungsgesetz verabschieden. Die Regierung hat bereits die notwendigen Vorbereitungen getroffen, um auf Grund dieses Gesetzes sofort die erforderlichen Verordnungen erlassen zu können. Auch die Gründung einer Währungsbank soll auf dem Verordnungswege durchgeführt werden. Es ist geplant, sämtliche Verordnungen platfizieren zu lassen.

Außerdem verhandelt die Reichsregierung über eine Beteiligung amerikanischen Kapitals an der zu gründenden Währungsbank. Diese Verhandlungen sollen sehr ausgiebig sein und bereits in den nächsten Tagen abgeschlossen werden. Verhandlungen über die Gewährung eines amerikanischen Warenkredits sind nach Mitteilungen von amtlicher Seite inzwischen zu Ende geführt worden. Ein entsprechender Vertrag soll in den nächsten Tagen unterzeichnet werden.

Starke Zunahme der Arbeitslosigkeit in England.

III. London, 10. Oktober.

Die Arbeitslosigkeit nimmt einen immer erschreckenderen Umfang an. In Newcastle sind in den letzten 20 013 Arbeitslose eingetragen, und obwohl die Stadtbehörde die Ausfuhr von Hafen- und Wegearbeiten beschlossen hat, beweist sich diese Abhilfe als durchaus unzureichend. In Northshire und Northumberland beträgt die Zahl der Arbeitslosen 257 649. In Bradford, dem Mittelpunkt der Baumwollindustrie erreicht die Zahl der Arbeitslosen 16 811, darunter 4000 Arbeiterinnen. Der Arbeitsminister teilt gestern mit, daß der ministerielle Arbeitsauschuß ständig tage und nach vor Zusammentritt des Parlaments eine Entscheidung bekannt geben werde. In Freistaat Irland hat sich die Situation gleichfalls sehr verschärft. Am 1. Oktober betrug die Zahl der Arbeitslosen dort 12 087.

Die englische Arbeiterpartei gegen die englische Politik.

Gegen das ewige Abwarten!

In einer am 6. Oktober in London abgehaltenen Sitzung des Vereinigten Internationalen Komitees des Generalrates des Gewerkschaftsbundes und des Vorstandes der Arbeiterpartei wurde die Veröffentlichung folgender Erklärung beschlossen:

Die internationale Lage.

Das Vereinigte Internationale Komitee des Generalrates des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterpartei drücken ihr tiefes Bedauern über die Entscheidung der englischen Regierung aus, die in den Worten von Lord Curzon ausgesprochen wurde, „die nächsten Vorschläge der französischen Regierung abzuwarten“, bevor definitive Schritte unternommen würden, um jene „ruinöse Katastrophe“ zu vermeiden, die als Folge der Politik Poincares Europa bedroht.

Die britische Note vom 11. August, die die dringende Mahnung enthielt, das „im Interesse der Allgemeinheit eine positive Aktion notwendig werden könnte, um eine Regelung zu beschleunigen, die nicht länger verschoben werden dürfte, falls nicht die schlimmsten Konsequenzen für den Handel und für den Frieden eintreten sollten“, kündigte eine Politik an, die zwar die Lage nicht genügend würdigte, aber immerhin eine nicht mehr rein passive bleiben sollte.

Herr Poincare verkündet nun die Zerstückung des Vertrages von 1919 und die Aufstellung eines neuen Abkommens durch Frankreich allein auf der Grundlage einer völligen

Wahrung der britischen Interessen

und der Rechte und Meinungen der sonstigen Unterzeichner des Vertrages. Er und diejenigen, für die er handelt, sind offenbar entschlossen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs durch Deutschland und das eigene finanzielle Gleichgewicht einer Politik zu opfern, die danach strebt, das Ruhrgebiet und das Rheinland vom deutschen Reiche loszureißen und so die wirtschaftliche Verklammerung des deutschen Volkes und die militärische Hegemonie Frankreichs in Europa zu sichern. Eine britische Politik, die sich in Abhängigkeit der französischen Initiative befindet, gibt erst den Franzosen die Zeit und die Möglichkeit zur rechtlichen Verwirklichung dieser Pläne. Sie bedeutet die Zustimmung Englands zu einer für die internationalen Interessen und für die Wiederherstellung des Welthandels verhängnisvollen Entscheidung. Sie würde einer jeden wesentlichen Besserung in der Arbeitslosigkeit im Wege stehen und unsere eigenen Industriebezirke in verwüdete Gebiete verwandeln.

In dieser neuen Lage erklärt die britische Arbeiterbewegung, daß es mehr denn je für die britische Regierung notwendig ist, ein klares Programm bezüglich der britischen Politik auf dem Kontinent zu formulieren.

Wir sind der Meinung, daß die britische Regierung sofort öffentlich verkünden sollte, daß nach ihrer Ansicht die Aufgabe des passiven Widerstandes durch die deutsche Regierung eine sofortige Gegenleistung erfordert und zwar in der Form einer schnellen Wiederherstellung des öffentlichen und des wirtschaftlichen Lebens im Ruhrgebiet unter deutscher Verwaltung. Die Gefangenen und Ausgewiesenen müßten die Erlaubnis erhalten, zu ihrer Arbeit und ihrer Heimat zurückzukehren; die emigrierten Beamten müßten wiederingeleitet werden; die Verbindung zwischen Ost- und Westdeutschland müßten wiederhergestellt werden; die Beschlagnahme von Gütern und Personen durch die Besatzungstruppen müßten aufhören.

Es ist insbesondere dringend erforderlich, daß die britische Regierung eine sofortige Erklärung gegen die offene oder verdeckte Annexionen deutschen Gebiets abgibt und sie das französische Verlangen auf Leistung eines Eides bei der Unterwerfung unter die französische Verwaltung durch die deutschen Eisenbahner und Postbeamten nicht nur als im Widerspruch zum Versailler Vertrag stehend, sondern auch als eine Verletzung der Menschenrechte brandmarkt.

Ein endgültiges Abkommen mit den Deutschen kann nur erreicht werden, indem man „diszipliniert“ überzeugt und Kompromisse eingeht, wie es Lord Curzon im Falle der Türkei erklärt hat. Es müßten daher allgemeine und sofortige Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland stattfinden, wobei das Recht des Letzteren, an diesen Verhandlungen teilzunehmen, nicht länger bestritten werden darf.

Die britische Regierung muß erklären, daß sie niemals ihre Zustimmung zu irgendwelchen Veränderungen der Bedingungen des Versailler Vertrages geben wird, die nicht die Tatsache anerkennen würden, daß die Verwaltung und Kontrolle des Ruhrgebietes und des Rheinlandes dem deutschen Volke zugeht und eine rechtlich und wirtschaftlich unerlässliche Vorbedingung für die Erfüllung irgend eines Reparationsabkommens durch die deutsche Regierung bildet.

Darüber hinaus hat die britische Regierung die dringende Aufforderung an die Vereinigten Staaten zu richten, daß sie ihren Anteil an der Sicherung des Friedens und des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Welt nehmen; ferner ist die Einberufung einer sofort abgehaltenen Konferenz zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen interessierten Mächten vorzuschlagen, um zu einem Abkommen über die internationalen Schulden zu gelangen.

Falls die französische Regierung sich weigern sollte, gemeinsam mit England sofort Verhandlungen mit Deutschland einzuleiten und die fortgesetzten Verletzungen des Versailler Vertrages bestehende Politik Poincares einer Revision zu unterziehen, muß die britische Regierung eine Konferenz der Signatarmächte des Versailler Vertrages einberufen, um zu der neugetragenen Lage Stellung zu nehmen.

Rundgebung französischer Gewerkschaften.

Berlin, 10. Okt.

Der Nationalrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes CGZ hat gestern beschlossen, am 11. November eine nationale Arbeiterkundgebung für den Frieden zu veranstalten. Die Kundgebung soll in Paris, Lille, Reims, Bordeaux und Straßburg, vielleicht noch in einer sechsten Stadt stattfinden.

Wiederaufnahme der Kohlenförderung.

SPD. Bochum, 10. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verwaltung und der Betriebsrat der Zeche Recklinghausen I und II haben mit zwei Angehörigen der französischen Ingenieurkommission über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt. Es wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Die französische Belegschaftsbefugnisse müßten sich nicht in den Betrieb unter Lage ein, dessen Regelung der Betriebsleitung obliegt. Dagegen behalten sich die Franzosen die Oberleitung in den Tagesbetrieben, besonders in den Kokerereien und den Anlagen für gemahlte Produkte vor. Die Kokerereien müssen unmittelbar in Betrieb gesetzt werden. Dafür ordnet die Belegschaftsbefugnisse die Zurückziehung der französischen Pöhlen an. Das Betriebsratsgesetz bleibt in Kraft. Die Betriebsräte verstehen sowohl unter die über Lage ihre Funktionen. Weiter wurde der bestreikte Tarif

anerkannt, auch soll das Kohlendeputat wie bisher gehandhabt werden. Die französischen Beauftragten versprachen, sich für beschleunigte Zufuhr von Lebensmitteln und für die Rückkehr der ausgewiesenen Beamten und Arbeiter einzusetzen.

Die Verhandlungen auf der Zeche Ickern bei Kassel haben zu keinem Ergebnis geführt, weil die Franzosen die Forderung ablehnten, den Ausweisungsbefehl gegen die Direktoren der Zeche zurückzunehmen und die Regiarbeiter zu entlassen.

Da die Unternehmer des Ruhrbergbaues entgegen einem besonderen Abkommen mit den Franzosen ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften in Verhandlungen getreten sind, hat der Bergarbeiterverband beschlossen, sich für Forderungen nach Aufhebung bestimmter Ausweisungsbefehle, wie sie in Ickern aufgestellt wurden, nicht mehr einzusetzen.

Ein deutscher Kredit in Holland?

Berlin, 11. Oktober.

Gestern ist der Regierung die Aufnahme eines kleinen Zentralkredits zwecks Sicherung der nötigen Rohstoffe für die Lebensmittelversorgung, offenbar in Holland gelungen. Nähere Einzelheiten werden vertraulich behandelt.

Geldzollaufgeld.

Berlin, 10. Oktober.

Für die Zeit vom 13.—16. Oktober 1923 einschließlich beträgt das Geldzollaufgeld 24 299 999 900 vom Hundert (1 Goldzollmark = 243 Millionen Papiermark).

Schlüsselzahl im Buchhandel 200 Millionen Mark.

LU. Leipzig, 10. Oktober.

Die Schlüsselzahl im Buchhandel beträgt von Donnerstag, den 11. Oktober ab, 200 Millionen Mark.

Vor dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Amerika.

Berlin, 10. Oktober.

Der Regierung der Vereinigten Staaten ist von der Reichsregierung der Entwurf eines Handels-Konsular-Vertrages vorgelegt worden.

Der wackere Loffow geht?

SPD. München, 10. Oktober.

Einige Erregung verursacht hier die Meldung von der Abfertigung des Reichswehrministeriums, dem General v. Loffow von seinem Münchener Posten abzurufen. Nach Erkundigung bei der zuständigen Stelle ist weder bei der bayerischen Regierung noch bei dem Wehrkreiskommando VII irgend eine amtliche Mitteilung bis zur Stunde über diese Angelegenheit eingetroffen. Man hält es aber für nicht unwahrscheinlich, daß Loffow tatsächlich von seinem Posten abberufen wird. In diesem Falle ist zweifellos mit einem neuen Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche zu rechnen.

Wir betrachten es als selbstverständlich, daß Loffow abberufen wird, nachdem er die Befehle des Reichswehrministers nicht ordnungsgemäß ausgeführt hat.

Die christlichen Gewerkschaften gegen Ruhr.

SPD. München, 8. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die bayrischen Regierungsmethoden finden in der christlich organisierten Arbeiterchaft einen immer schärferen Gegner. Die Kartellverammlung der christlichen Gewerkschaften hat im bewußten Gegensatz zur bayrischen Regierung dem Herrn v. Ruhr folgendes Telegramm an Weimarer Verfassung abgelegt:

„Die christlich-nationale Arbeiterchaft steht fest auf dem Boden der Reichsverfassung, die zwar für sie kein Dogma ist, die aber, wenn sie geändert werden soll, nur auf legalem Wege geändert werden darf. Die Verfassung von Weimar hat in verschiedenen ihrer Artikel so ausgesprochen christliche und soziale Tendenzen, daß es für die christliche Arbeiterchaft geradezu selbstverständlich ist, dieser Verfassung nicht etwa nörgelend gegenüberzutreten, sondern sie richtig kennen zu lernen und sie insoweit dieser Kenntnis auch zu verteidigen.“

Reichstag.

Da infolge des Einspruchs der Deutschnationalen und der Kommunisten am Mittwoch im Reichstag das Ermächtigungsgesetz nicht in dritter Lesung erledigt werden konnte, hielt der Reichstag nur eine kurze Sitzung ab, in der neben einem weiteren Nachtrag zum Reichshaushalt eine Reihe kleiner Vorlagen erledigt wurden. Bei der Beratung des Nachtrages zum Reichshaushalt hielt der Kommunist Hüllein eine lange Rede. Statt Wege zu weisen, die aus der gegenwärtigen Notlage herausführen könnten, gab er den Arbeitern lediglich den etwas mageren Trost, daß aus der gegenwärtigen Welt eine kommunistische Welt entstehen werde. Die Kommunisten machen es sich wirklich sehr bequem. Am Schluß der Sitzung wurde über einen kommunikativen Antrag abgestimmt, das Verbot der „Roten Fahne“ aufzuheben. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte diesem Antrag zu. Es fand sich jedoch keine Mehrheit für ihn. Am Donnerstag morgen 10 Uhr wird der Reichstag die Beratung des Ermächtigungsgesetzes in dritter Lesung beginnen.

Auflösung des Reichstages?

UL. Berlin, 11. Oktober.

Nach seiner Rückkehr vom Reichspräsidenten berief der Reichskanzler Stresemann die Fraktionsführer der Regierungsparteien zu einer Unterredung. Er teilte ihnen mit, daß der Reichspräsident ihn ermächtigt habe, dem Reichstag anzukündigen, für den Fall, das das Ermächtigungsgesetz die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erhalte.

Zugleich findet eine Fraktionsführung der Sozialdemokratischen Fraktion statt. Darin soll versucht werden, die oppositionellen Teile der Fraktion zur Aufgabe ihres bisherigen Standpunktes zu bewegen. Sollte dies nicht gelingen, so wird die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht; die Auflösung des Reichstages dürfte dann unvermeidlich sein.

Die Industrie kauft Zeitungen.

Die englische Haltung, die das Zentralorgan der Zentrumspartei, die „Germania“, in den politischen Streitfragen der letzten Zeit eingenommen hat, hat bei den Besitzern der „Germania“ eine Bewegung ausgelöst, künftig stärkeren Einfluß auf die redaktionelle Haltung des Blattes zu nehmen. Das Steuer soll nach rechts herumgeworfen werden. Diese Gruppe verfuhr deshalb die Mehrheit der Anteilhaber zu erwerben, die ihnen einen entscheidenden Einfluß im Aufsichtsrat der „Germania“ sichert. Der Führer dieser Bewegung ist der rheinische Großindustrielle Florian Klöckner, der bis vor kurzem dem Aufsichtsrat der „Germania“ angehörte, jetzt aber ausgetreten ist.

Zu welchem Zweck diese Einflußnahme der Industrie auf die Presse erfolgt, ist jedermann bekannt. Zumeilen wird es aber noch für Begriffsstutzige doppelt und dreifach unterstrichen. Der „Vorwärts“ besitzt ein Schreiben der „Mitteldeutschen Verlagsaktiengesellschaft“ in Halle an eine Industriefirma, worin es u. a. heißt:

Hervorragende Träger des mitteleuropäischen Wirtschaftslebens haben bereits vor längerer Zeit die Notwendigkeit erkannt, ein Organ zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu haben. Deshalb ist unter namhafter Interessennahme der Industrie der „Mitteldeutsche“ durch die Presse notwendig erschienen als je. Die „Allgemeine Zeitung“ hat sich bisher ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt. Sie würde aber noch Größeres wirken können, wenn dieselben Kreise, für die sie kämpft, mit dem gleichen Eifer für ihr Blatt tätig sein würden wie die Kommunisten. Deshalb bitten wir diejenigen unserer Freunde, denen es bekannt ist, daß die „Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland“ in Halle der Industrie als ihre eigene Schöpfung näher steht wie jede andere Zeitung des Bezirks zur Verbreitung dieses Wissens beizutragen.“

Am dem Konzern, der dieses mitteleuropäische Blatt aufgekauft hat und hier so aufdringlich um Unterstützung wirbt, ist unseres Wissens Stinnes in hervorragendem Maße beteiligt. Er spricht mit rücksichtsloser Offenheit aus, daß die von den Konzernen aufgekaufte Presse die „Interessen der Industrie“ vertreten soll. Dandauf, landab hat der Industriepoly große germanische Blätter in seinen Dienst gestellt. Jetzt soll auch die „Germania“ daran glauben, die als Vertreterin der katholischen Weltanschauung sich bisher eine verhältnismäßige Unabhängigkeit des Urteils gewahrt hatte. Was Stinnes bei der Volkspartei, ist der Klöckner-Flügel im Zentrum. Und da bekanntlich der Profit interkonfessionell ist, so werden sich die Großindustriellen Stinnes und Klöckner leichter verständigen, als das leider bei den Arbeitern der Fall ist. Die Industrialisierung der Presse aber zeigt allen Arbeitnehmern, wie ungemein wichtig für sie eine von kapitalistischen Einflüssen freie Presse ist. Sie sollten deshalb alles daran setzen, um sich diese unabhängige Presse zu erhalten. Erleben sie doch täglich, wie gleichzeitig aus zahllosen Pressefahnen die Angriffe gegen den Wirtschaftsentag, gegen den „Marxismus“, kurz gegen alle sozialen Gedanken auf sie geschleudert werden. Wenn sie diesem Ansturm widerstehen sollen, ist es dreifach notwendig, in der Werbung für die sozialdemokratische Presse nicht zu erlahmen.

Verurteilte Begünstiger der Rathenau-mörder.

Leipzig, 10. Oktober.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilte heute wegen Begünstigung der Rathenau-mörder Kern und Fischer den Studenten Johannes Peters aus Neukloster und den kaufmännischen Angestellten Gottfried Wiese aus Wendisch-Wehningen zu je acht Monaten und den Postsekretär a. D. Buech aus Lenzen, zu einem Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof hat bei sämtlichen Angeklagten die nachträgliche Begünstigung der Rathenau-mörder für voll erwiesen erachtet. Peters, der geständig ist, hat Kern und Fischer als Marinemateraden Unterstützung gewährt und ihnen zur Flucht verholfen. Wiese und Buech leugnen zwar, gewußt zu haben, daß sie den Rathenau-mördern Auskunft und Unterkunft gewährten. Es steht aber fest, daß beide mit der Möglichkeit gerechnet haben, daß die Fremden die Rathenau-mörder sein könnten. Für das kameradschaftliche Verhalten des Peters, der aufs Schwerste belastet ist, hatte der Gerichtshof Verständnis und billigte mildernde Umstände zu besondern unter Berücksichtigung seines offenen Geständnisses. Bei Buech kommt erschwerend in Betracht, daß durch sein Verhalten die Möglichkeit geschaffen wurde, daß die beiden über die Elbe gelangen konnten. Rechtsanwalt Traumann (Hamburg) hatte für Peters auf mildernde Umstände plädiert, Rechtsanwalt Dr. Jung (Leipzig) für die beiden anderen Angeklagten auf Freisprechung.

Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien.

Kattowich, 10. Oktober.

Heute normittag traten die Belegschaften der ganzen ostschlesischen Montanindustrie zugleich mit den Angestellten in den Streik, nachdem die Betriebsräte die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarte Lohnerhöhung um 130 Prozent abgelehnt hatten. Alle auf den elektrischen Strom angewiesenen Werke ruhen. Kattowich, Myslowitz und Umgegend sind ohne Licht. Die Kattowicher Garnison befindet sich in Alarmbereitschaft. Bis 1 Uhr mittags war noch alles ruhig. Morgen finden neue Verhandlungen statt.

SPD. Am Mittwoch abend beschäftigte sich das Reichskabinett mit den bekannten 10 Forderungen der Industrie. Außerdem standen die Antworten der französischen und belgischen Regierung als Ergebnis der von den Geschäftsträgern in Brüssel und Paris unternommenen Schritte zur Erörterung. Die Geschäftsträger sollten bekanntlich an Frankreich und Belgien das Erlauchen um sofortige Aufnahme von Verhandlungen zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet richten. Die zu diesem Zweck unternommenen Vorstellungen haben ein positives Ergebnis nicht gehabt. Die belgische Regierung zeigt wohl einen guten Willen, aber sie scheint Frankreich gegenüber machtlos und dürfte sich deshalb auch in Bezug auf direkte Verhandlungen den Bestrebungen Poincares weigern.

Stinnes bei Degoutte . . .

Ein längerer Artikel des „Matin“ gibt eine Darstellung der Verhandlungen zwischen General Degoutte und Stinnes. Auf die Frage, welches seine Absichten seien, erklärte Stinnes, er verlange zunächst eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden in den Gruben und von 10 Stunden in den Hütten.

Indem er behauptete, daß nur eine intensive Arbeit der deutschen Industrie die Zahlung der Reparationen gestatten würde. Der französische Delegierte weigerte sich, diese Meinung zu unterstützen. „Gut“, erklärte darauf Stinnes, „wir werden das selber übernehmen“. Stinnes verlangte darauf, daß die französische Regierung die Rückkehr der Ingenieure, Werkmeister und Spezialarbeiter gestatte, die für die Wiedereingangssetzung der Hütten und Gruben unbedingt notwendig seien. Auch hier weigerte sich der französische Delegierte und erklärte, daß die französische Regierung von sich aus zur gegebenen Zeit die Maßnahmen ins Auge fassen werde, die sie für richtig halte. Stinnes habe alsdann verlangt, daß Frankreich die Besetzung der Hütten und Kokerien sowie der Gruben aufgabe, die Frankreich in Regie genommen habe, mit der Behauptung, daß das Erträgnis der deutschen Arbeiter größer sein werde, wenn sie unter der Leitung der gewöhnlichen Techniker arbeiten würden. Er fügte hinzu, daß man Frankreich die nötigen Mengen an Erz und Kohlen verbürge, die es verlangen würde. Der französische Vertreter erklärte, daß die Gruben und Hütten in erster Linie für Frankreich ein Pfand seien für die Durchführung der Bedingungen, die Frankreich späterhin für die Wiederaufnahme der Arbeit verlangen würde. Stinnes fragte dann weiter: „Können Sie uns Vorschläge geben, die uns gestatten, unsere Industrie wieder in Gang zu bringen?“ Der französische Delegierte sagte ihm darauf, er müsse das Geld sich anderswo suchen, als bei den Franzosen, die selbst auf Geld warteten. Stinnes erklärte dann, daß, wenn man im Ausland nicht den Einbruch hätte, daß die Verhandlungen wenigstens den Anfang eines Abkommens bilden würden, man niemals in die Lage kommen würde, eine Anleihe aufzunehmen. Er selbst habe in diesem Sinne in Amerika einen Mißerfolg erlitten. Der französische Delegierte meinte darauf, Stinnes müsse doch in Deutschland selbst Geldgeber finden können. Stinnes habe schließlich erklärt, daß er in Berlin über seine Mission berichten werde und verlangt, daß der französische Delegierte mit dem Direktor des Kohlen Syndikats in Verbindung bleibe. Der französische Delegierte weigerte sich, mit dieser Persönlichkeit zu verhandeln.

Die Hinterhältigkeit der Sechenbarone.

Am 30. September haben nach dem „Berl. Tagebl.“ in Unna Besprechungen stattgefunden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, deren Bedeutung in der gegenseitigen Feststellung lag, daß beide Teile zusammenhalten müßten, um eine erträgliche Regelung der Verhältnisse im Ruhrgebiet nach Aufgabe des passiven Widerstandes zu erzielen. Keiner der Anwesenden hat damals die Möglichkeit erkannt, daß die Führer des Sechenverbandes, Träger großer Namen nicht nur im Ruhrgebiet, sondern in ganz Deutschland und in der Welt demgegenüber den Sinn und den Inhalt der Unnaer Besprechungen verstanden und in Düsseldorf den General Degoutte in stundenlanger Unterhaltung zum Mitwörter ihrer Absichten machen würden. Ueber den Schlag gegen die Arbeitsordnung haben diese Herren mit General Degoutte vorher gesprochen. Sie haben ihre Unterhaltung keineswegs auf die Freigabe der beschlagnahmten Halben beschränkt, sondern sie haben die ganze Lage an der Ruhr von ihrem Standpunkt aus dem General vorgetragen und selbst ihre finanzielle Mähte mit ihm erörtert. Soviel ist gewiß. Ebenfalls ist es auch gewiß, daß hier ein Treubruch vorliegt, der einen Abgrund zwischen der Arbeitgeberchaft und Arbeitnehmerchaft aufreißt und die gemeinsame Basis zerstört. Ich finde selbst in den Kreisen der ganz rechts stehenden Arbeiterchaft Enttäuschung und Niedergeschlagenheit über dieses Vorgehen. Was die Besten jetzt getan haben, zeigt, daß ihre Ge-

denken sich ausschließlich mit dem Problem ihrer wirtschaftlichen Machterhaltung beschäftigen. Was sie getan haben, ist unpatriotisch und antinational. Damit bekommt das Mißtrauen gegen die Absichten der Arbeitgeber, das bereits seit Monaten besteht, natürlich neue Nahrung. Nachdem die parlamentarische Krise, die man provoziert hatte, nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat, haben sich die Herren Stinnes und Genossen an eine andere Adresse gewandt. So stellt sich das Bild dar, und wenn man diese Herren mit dieser Darstellung unrecht tun sollte, was leider nur wenig wahrscheinlich ist, so haben sie es durch ihr Auftreten im französischen Hauptquartier verschuldet.

Volkswirtschaft.

Arbeitsintensität und Arbeitstag.

Die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen begründen ihren Vorstoß gegen die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterchaft und die Kohlenwirtschaft des deutschen Reiches mit der Notwendigkeit der Produktionssteigerung. Die oft vorgetragene Behauptung, verlängerte Arbeitszeit bedeutet Mehrproduktion, ist aber zu primitiv, um richtig zu sein; sie läßt vor allen Dingen gewichtige, zum Teil psychologische Momente außer Acht, die unbedingt Voraussetzung einer gesteigerten Produktion sind. Es ist von Bedeutung, daß bekannte Persönlichkeiten, die seit Jahren an der Spitze von großen Bergwerksunternehmungen stehen, die Argumentation des bergbaulichen Vereins nicht billigen und sich von Anfang an sehr scharf gegen die Königsborner Beschlüsse ausgesprochen haben. Diese stellen eine Verquickung der Frage der Mehrproduktion mit der des Achtstundentages dar. Beide stehen aber nicht in dem Zusammenhange, in den sie durch die Vertreter des rheinisch-westfälischen Kapitalismus immer wieder gebracht werden. Die unbedingte Notwendigkeit, die Produktion sofort zu steigern, wird von keinem vernünftigen Menschen in Deutschland bestritten. Das gilt besonders für die Bergindustrie, von deren Leistungsfähigkeit die ganze Fertigungsindustrie und die Tendenz der Preisbildung in Deutschland abhängt.

1913 betrug die Förderung in Deutschland mit Ausnahme des Saarbeckens etwas mehr als 173 Millionen Tonnen. Sie sank nach dem Kriege ganz gewaltig. Nach den Ziffern, die für das Jahr 1921 vorliegen, belief sie sich, abgesehen von den Mengen, die uns durch die Abtretung eines Teiles von Oberschlesien an Polen verloren gingen, auf 114—115 Millionen Tonnen. Der Rückgang ist gewaltig, aber man kann unmöglich die verletzten Schichtarbeit der Bergarbeiter dafür verantwortlich machen. Dem wirklichen Grund kommt man näher bei einem Vergleich der Stundenergebnisse im deutschen Bergbau vor dem Kriege mit denen nach dem Kriege. Hier ergeben sich erhebliche Verschlechterungen für die Leistungen nach dem Kriege. 3. B. betrug die Stundenergebnisse im Ruhrgebiet 1913 pro Kopf noch 136,3 Kgr., 1922 aber nur 116 Kgr. Für Oberschlesien sind die Zahlen 188 und 125 Kgr. Viel schlimmer liegen die Verhältnisse in Sachsen, wo die Stundenergebnisse pro Kopf von 600 Kgr. im Jahre 1913 auf 285 Kgr. im Jahre 1922 sank. Diese Zahlen beweisen

Devisen-Kurse.

Berlin, 11. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	10. Oktober.	9. Oktober.
Amsterdam	1 fl. 1162087500.—	478812500.—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 134612500.—	83840000.—
Kristiania	1 Kr. 459850000.—	188525400.—
Kopenhagen	1 Kr. 5204965000.—	211497000.—
Stockholm	1 Kr. 783037500.—	319200000.—
Helsingfors	1 finn. Mk. 79800000.—	32718000.—
Rom	1 Lire 134662500.—	54468500.—
London	1 £ 1346625000.—	548250000.—
Neuyork	1 Dollar 2967562500.—	1197000000.—
Paris	1 Frs. 181545000.—	72817500.—
Zürich	1 Frs. 528675000.—	215460000.—
Madrid	1 Pesetas 402990000.—	162592500.—
Wien	100 Kr. 4789500.—	17157000.—
Prag	1 Kr. 89775000.—	36809500.—
Budapest	1 Kr. 159600.—	64857.—

nur die ungeheure Minderung der Arbeitsintensität. Sie kann durch die schlechte Ernährung, durch den schwindenden Reallohn und als Folge der Raubbauwirtschaft während des Krieges erklärt werden, vor allem aber trugen hierzu auch die Unruhen bei, die den Produktionsprozess störten. Man kann diese Auswirkungen sehr leicht an Hand der Statistiken feststellen. Während des Zusammenbruchs 1918, des Kapp-Zugzwanges und der Abstimmungskämpfe in Oberschlesien senkten sich die Förderungsziffern, eine Steigerung trat erst allmählich und langsam ein, als eine gewisse geistige Beruhigung in der Bevölkerung Platz gegriffen hatte.

Diese Darlegung läßt erkennen, daß der Rückgang des Arbeitseffektes im ursächlichen Zusammenhang mit der Arbeitsintensität steht und nur sehr lose mit dem Arbeitstag zusammenhängt. Wenn sich aber die Unternehmer immer wieder auf dieses alte aber nicht stichhaltige Moment mit dem gleichen Ernst bezufen und die Verlängerung des Arbeitstages aus Gründen der Produktionssteigerung verlangen, offenbar das nur die große Gefahr, die dem gegenwärtigen Arbeitstag durch die sinkende Intensität droht. Der Arbeiter muß einsehen lernen, den sozialpolitischen Errungenschaften seiner Klasse am meisten zu dienen, wenn er ihre Verteidigung und Wahrung immer wieder vom Standpunkt der Wirtschaftsnötigkeit und der Produktionssteigerung betrachtet. Gelingt es nicht, die alten Arbeitsergebnisse durch Intensivierung der Arbeit zu erzwingen, so kann der Moment kommen, wo unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse die hohe Errungenschaft der Arbeiterchaft, der Achtstundentag, geopfert werden muß. In diesem Sinne haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitsintensität immer wieder betrachtet.

Falsch und an Landeserrat grenzend aber ist der Weg, den der Bergbauliche Verein unter Führung von Stinnes der Arbeiterchaft diktieren will. Was hätte er, wenn er sein Diktat durchsetzen könnte, in Wirklichkeit erreicht? Er hätte eine Bevölkerung, die seit neun Monaten alle körperlichen und seelischen Leiden ertragen hat, die heute noch unter harter Depression leidet, aufs neue erbittert. Die ganze Bergarbeiterbevölkerung wäre abermals ein Opfer jener geistigen Unruhe geworden, die wir aus den Revolutions- und Kapptagen genügend kennen. Will jemand behaupten, damit die Produktion gesteigert zu haben? Was Mißmut und Arbeitsunlust und Erbitterung in acht Stunden verjagt, kann durch Anwendung rein mechanischer Mittel der Arbeitszeitverlängerung und des Akkordsystems und Gebirgsystems in der aufgezwungenen Mehrarbeitszeit nicht nachgeholt werden. So wie es Herr Stinnes will, kann die notwendige Arbeitsintensität nicht erreicht werden. Das Vorgehen des Bergbaulichen Vereins ist nicht nur ein selbstherrliches Anstürmen gegen die Staatsautorität, sondern auch ein unfruchtbares Wüten gegen die Wirtschaft. Es ist ein Rückfall in die frühkapitalistische Methode und kein Fortschritt in der Richtung der Vereinigung der Wirtschaft durch Mehrproduktion.

Vermischte Nachrichten.

Arrest im Mittageßen. Vor dem Schwurgericht in Köln wurde gegen eine Frau Wagemann und deren Liebhaber, Schneider, verhandelt. Beide hatten gemeinsam dem kranken Ehemann mit Arsenit vergiftete Speisen verabreicht. Der Ehemann war am 16. April dieses Jahres gestorben. Die Leichöffnung ergab Arsenitvergiftung. Die Frau wurde des Mordes, ihr Liebhaber der vorsätzlichen Tötung für schuldig erklärt. Sie wurde zum Tode, der Liebhaber zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Devisenbeschlagnahme an der Grenze. Auf dem deutschen Zollgrenzkommissariat in Bodenbach ist eine auffeherregende Verhaftung vorgenommen worden. Bei der Zollkontrolle wurde ein in der Berliner Gesellschaft sehr bekannter Direktor, der Leiter eines großen Versicherungsunternehmens, festgenommen, bei dem man 9000 Dollar und 200 englische Pfund fand — etwa 16 Millionen Mark — die offenbar ins Ausland gebracht werden sollten. Die Behörden haben den Namen des in Frage kommenden Herrn noch nicht bekannt gegeben.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Preßsachen Lütke und Heuleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens. Von Leon Frapic.

11. Fortsetzung.

Das war die Freude der von Frau Coqueho besuchten leichten Etagen: die Abenteuer Virginiens und der Familie Fumeron. Frau Coqueho beiläufig sich mit einem Mädchen, welches ihre mütterlichen und spöttischen Augen mit Wasser füllte, zu antworten, sie hatte immer ein drohtiges Abenteuer auf Vorrat; es gehörte zu ihrer Begabung, die Zuhörerinnen zum Lachen zu bringen, um ihnen leichter Willen aufzuwachen oder die Karten zu legen oder sie zu einem einzelnen Herrn zu bringen. Sie verfuhr gerade umgekehrt wie Herr Benoit, der die Dienstmädchen einschüchterte, um sich sein Geschäft zu erleichtern. Und sie hatte in reichem Maße das Glück gehabt, in voller Wirklichkeit auf Verlangen zu stehen, die eigens dazu geschaffen schienen, eine endlose Folge gesprochener Heuligkeiten zu liefern. Wenn man Virgynie in die Kategorie der Phänomene reihen konnte; dann mußte man gestehen, daß Fumeron und seine Eltern auch nicht gerade gewöhnliche Individualitäten verkörperten. Während Virgynie ihr männlichenlockendes Schmaragdgrün längs der Avenue des Gobelins führte, lebte der 24-jährige Fumeron behaglich mit den Händen in der Hosentasche: eine ziemlich lebhafte Eigenhaft in dem Quartier, wo man sonst — mit erhöhten Säulen — noch siebzehnten bis fünfzehntenwärtigen Jahre schwer zu kämpfen hat. Er, Fumeron, hielt sich abseits von allem: von der Arbeit wie vom Militärdienst, denn er sah sich als Deserteur, ohne es zu wollen, ganz unschuldig auf Ehrenwort!

Beweis: Fumeron, vom zwanzigsten Jahre der Rekrutierung von Paris zugehörig, wurde in ein östliches Regiment, in Loul, eingestellt. Nach sechs Monaten war er mit einem Urlaub von vierzehn Tagen heimgekommen und, wahrhaftig ohne schlimmen Vorfall, doch nie wieder dahin zurückgekehrt.

Der Fahrpreis, der vierte Teil der gewöhnlichen Karte, nach Loul betrug sieben Frank. Dreimal zeigte Fumeron den guten Willen, zu reisen; er hatte sich ganz verständig nach dem Ostbahnhof mit dem nötigen Geld versehen, auf den Weg gemacht, und dreimal war er auf Veranlassung von Kameraden infolge von Begegnungen, Zufällen und Weinstuben, an dem Schalter ohne Geld für sein Billett angelangt.

Das erstemal würde er gerade am Ende seines Urlaubs wieder einmischen sein, das zweitemal hätte er eine nicht bezeichnende Verpätung gehabt, und das drittemal wäre er gerade noch dort gewesen, ehe man ihn als Deserteur erklärte.

Als die letzte Frist verstrichen, wurde es jedermann klar, daß seine Eltern, wie der Virgynie, da er ganz ruhig in Paris bleiben mußte. Er war regelrechter Deserteur, sein Fall war charakteristisch der nämliche: wehrlos, sich vom Geld zu rühren, sich zu machen gegen ein Unglück von überlegener Gewalt. Er hatte keinen Militärdienst abgeleistet und war wieder —

wie vorher — der Pächter genannter Virgynie geworden, ohne sich zu verbergen oder die Wohnung zu wechseln, ohne aufzuwachen, seine Eltern zu besuchen. In zwei Jahren hatte die Militärgewalt ihn nicht gelapert, so unbedürftlich äußerte sich die im Quartier herrschende Solidarität.

Erläutere Sicherheitsagenten kannten Fumeron; sie hüteten sich auf Grund einer klugen Schlussfolgerung sehr, ihn festzunehmen: „Das ist ein Mann, der Hoffnungen erweckt; er ist schon Deserteur, also abwarten; er wird sicher noch etwas Folgenreicheres begehen. Man muß mit seinen Erwartungen haushalten.“ Der Polizeikommissar war von der nämlichen Idee geleitet:

„In ganz unbeschränkter Weise“, sagte er, „muß man das sich entwickeln lassen. Die Festnahme eines Deserteurs ist magere Ausbeute der Kriminalpolizei unwürdig... und außerdem geht das die Gendarmen an. Jeder seinen Dienst.“

Fumerons Eltern waren seit fünfzig Jahren in dem nämlichen Hause, auf der Rue des Gobelins, Portiers; überflüssig zu erwähnen, daß sie sich der allgemeinen Achtung erfreuten.

Die Mutter war ein „Artistenkind“ gemeiner; sie hatte eint auf den Brettern als Kunstzeigerin, Chanteuse, „utilité“ parodiert, und aus dieser glänzenden Epoche eine festgewurzelte Komödiantenarie beibehalten, die übertriebene Sprechweise des Melodrams, ein Bedürfnis nach theatralischen Posen, welche jedesmal durchbrachen, wenn sie zu reichlich Traubenbrandwein getrunken.

Seit zwei Jahren spielte sie in den Stunden, wo sie angeheitert, eine glänzende, rührende, deklamatorische Rolle: sie war „die Mutter des Deserteurs“. Man mußte sie sehen, hören, in der Loge, im Hausflur, vor den Geschäften: sie stellte dar; stand auf der Scene im „Ambigu“, ihr tragisches Organ erklang die höchsten Töne, ihr großartiges Mienspiel kam zur Entfaltung:

„Das Herz einer Mutter ist so zart! Für mich gibt es keine Ruhe, kein Glück mehr, alles ist aus. Ich bin die in Tränen aufgelöste Mutter, die Tag und Nacht zittert. Denken Sie doch, ich hoffnungslos sagen zu müssen: mein Sohn ist Deserteur! Heberall, im Verborgenen, in der Doffenlichkeit, auf der Straße, in meinem Scherz hören Sie eine verhängnisvolle Stimme, welche mir ins Ohr schreit: Deserteur! Deserteur! Und dann fürchte ich beständig, daß er ergriffen, denunziert, verurteilt wird; er ist so leicht erkennbar durch seine Schramme an der rechten Wange, die Chauffeurmütze, seinen schwarzenbraunen Samtanjag, und weiß er drei Minuten von hier wohnt, in Nummer 185 der Avenue, hinter St. St. die Tür gegenüber, und alle Tage um elf Uhr hierher kommt, uns zum Frühstück zu besuchen! Ach, ich möchte ihn trotz meiner weißen Haare zu verteidigen!... Man soll nur kommen, ihn suchen!... Nein, mein Herr, nein, meine Dame, nichts wird mich zwingen, mein Kind zu verurteilen! Ich werde weiter mein Leben ihm zum Opfer bringen, wie ich's jetzt tue. Mein Leben wird in Heroismus endigen! Um so mehr, als von keiner Desertion abgesehen, mein Sohn lauter gute Eigenschaften hat: es gibt keinen anständigeren Menschen, fast niemals prägelte er keine Frau, die Virgynie, die trotzdem nicht ohne Fehler sein soll... wenn das bloß ihre Gefährlichkeit wäre... Und begabt ist er! Aber so von Natur begabt, deparzig, daß er betrunken noch

viel entzündender ist, als nüchtern! Da ist er ja, meine Dame, daß man ihn die ganze Zeit betrunken haben möchte!... Und Sie sollen sehen, mein Mutterherz, leistet so vielen Qualen Widerstand!“

Selbst der Vater, ein ehemaliger Maschinist, erhob sich, wenn er etwas zuviel Traubenbrandwein hinter die Binde gegossen hatte, bis zu moralischer und bürgerlicher Größe: er wurde an die Persönlichkeit, der alte Römer, der fähig war, seinen Sohn mit eigenen Händen auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern.

Frau Fumeron-Mutter war eine sehr gute Freundin der Coqueho; sie beiläufig sich an deren pharmazeutischen und wahr-sagerischen Kniffen, und mit oder ohne Wissen lieferte sie Beiträge für die humoristische Zeitung, welche die dienende Kundtschaft so schätzte.

X.

Eines Abends, zur Zeit, wo die Dienstmädchen die sechste Etage erreichten, ihre noch vom Spülwasser feuchten Hände trocknend, kam Frau Coqueho in das Haus Eulettes und verflüchtete es gerade heraus, daß Fumeron und sein Sohn „aus ihrem Himmel gestürzt seien“, sollte heißen; sie hatten einen erschütternden Schlag erlitten.

„Meine Buttkchen, ich werde euch das auf dem Gange erzählen, um niemandem neidisch zu machen.“

Welche Wonne! Welches Entzücken! Man umdrängte Frau Coqueho, stieß sich, um die Worte besser einzulaugen. Die schlecht Placierten liefen, ihren Stuhl zu holen, und darauffolgend, beugten sie sich mit offenem Munde über die Schulter der Kameradinnen. In dem Gedränge verpörrte der üppige Bufen Rosaliens die Aussicht, ein Protest erhob sich:

„Das wäre noch schöner, Rosalie! Nicht so vor meinem Gesicht; ich hätte gerade damit zu tun... ich habe das eben beim Diner serviert.“

„Was denn?“

„Fettes Fleisch.“

„Unerschämte Person!“

Unter andern Umständen hätte es Streit gelehrt, und es hätten sich vielleicht zwei Lader gebildet — auf einer Seite die Mageren, auf der andern die Rundlichen —, dann allgemeine Prügeln. Aber diesmal genügte ein einfaches „Ruhig!“ der Frau Coqueho, um den Frieden wieder herzustellen.

Es entstand ein erregtes Schweigen, so daß man den kurzen Atem zweier athmatischer Köhinnen hörte.

Und nun vernahm man folgendes:

Gestern, gegen drei Uhr nachmittags, hatte Herr Fumeron Vater, vom Feuer des Traubenbrandweins hingerissen, das Haus unter Symptomen edler und heftiger Bewegung verlassen; er ging, den Deserteur feierlich aufzufordern, sich der Fahne zu unterwerfen und Frankreich seine Schuld zu entrichten.

Fumeron-Sohn war abwesend, aber Virgynie in der Wohnung; sie erwartete müßig die Stunde zum Ausschmücken. In Ermangelung von Reflexen überschüttete sie der Alte mit der Moral in der Theorie, die er ganz glühend hingebraut hatte. (Fortsetzung folgt.)

Wir sind billig!
Damen- u. Herrenkonfektion,
Schuhwaren, Textilwaren.

Seg. Anzüge, Gummimäntel,
Hosen, Toppen, Schlüpfer usw.,
elegante Damenstühle, Halbschuhe,
schwarz, Stiefel, Herrenstiefel,
Arbeits- und Schaitstiefel,
Kinderstiefel, Sandalen, Turn-
schuhe, Pantoffel usw., elegante
Damenmäntel, Blusen, Röcke,
Jumper, Strickjacken, Kleider-
stoffe, Woiles, Krottes, Flanelle,
Anzugstoffe, Bucklin, Zulett,
Cheviot, Leinen, Betten, Aus-
steuer, Loden und Manchester,
7446) Seidenstich usw.

Ein Poffen Damewintermäntel
diese Form, noch sehr billig.

Schlors & Reetwisch
Hofstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Das bekommt reelle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.

Mit dem heutigen Tage übernimmt Herr
H. Höffer mein
Kolonialwaren-Geschäft Warendorffstr. 32.
Ich danke meiner werten Kundschaft für das mir
in langen Jahren erwiesene Wohlwollen und bitte,
dasselbe meinem Herrn Nachfolger zu übertragen.
Hochachtungsvoll **Friedr. Berger.**

Bezugnehmend auf obige Anzeige, einer ver-
ehrten Kundschaft zur Nachricht, daß ich das Ge-
schäft unter der Firma **Friedr. Berger Nachf.**
weiterführen werde und bitte, das meinem Herrn
Vorgänger so reich erwiesene Vertrauen auch auf
mich zu übertragen. Um geneigten Zuspruch bittend,
zeichne ich
Hochachtungsvoll
Friedr. Berger Nachf.
H. Höffer.

7428)

**Lübedisches Sinfonie- und
Stadttheater-Orchester.**

Morgen Freitag,
den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
**1. diesjähr. volkstüml. Konzert
im Gewerkschaftshaus.**
Leitung: Kapellmeister **Karl Mannstaedt.**
Vorverkauf der Programme bei Ense, Borchert
u. Niemeier, Breite Str., Gewerkschaftshaus,
Barnekow, Hüxterdamm und Konsumvereins-
abgabestellen. 7442
Eintritt einschl. Programm 15 Millionen Mk.

Luisenlust.
Jeden Freitag: **Dr. Tanzkränzchen.**

Zentral-Theater

Fernruf 1359. Johannisstr. 25.

Nur bis Montag:

Schwarze Erde

Erstaufführung
in Deutschland

mit Gesangseinlagen.

Opernsänger **H. Mittwoch** aus Hamburg
wird singen.

Ein Filmwerk aus dem Gebiet zwischen
Rhein und Ruhr von seltener Gestaltung-
5 Akte. 5 Akte.

Nach langen Verhandlungen und unter
riesigen Unkosten ist es uns gelungen, diesen
packenden Film aus dem Bergmannsleben
für die Uraufführung für Norddeutschland
zu verpflichten. (7429

Ferner:
ein amerikanischer Farmerfilm
in 5 Akten und
ein drolliges Lustspiel
in 3 Akten.

Spielzeit 4-11 Uhr. Orchesterbegleitung.

Trocadero.

Schüsselbud. A. F. 787

Täglich ab 5 Uhr
nachmittags:

**Stimmungs-
Konzerte.**

Fledermaus

8 Uhr.

7418)

Hansa-Theater.

Nur noch 2 Aufführungen

Donnerstag und Freitag

7 1/2 Uhr:

**Der Fürst
von Rappenheim.**

Sonnabend, 7 1/2 Uhr:

Neu einstudiert

„Die Försterchristi.“

Achtung!
Bauarbeiter und
Zimmerer!

(7432

Sigung

der Bau- und Blag-
delegierten

am Freitag, d. 12. Okt.

abends 7 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

Zugehörigkeit wird in

der Versammlung be-

kannt gemacht.

Die Vorstände.

Baugewerksbund.

Zentralverband der

Zimmerer.

Jede Arbeitsstelle hat

einen Vertreter zu ent-

senden.

Stadttheater Lübeck.

Freitag, 7,30 Uhr: (7427

Klarissas halbes Netz

Sonnabend, 7,30 Uhr:

Volksbühne:

Wiener Blut.

Einladung der Ab-
taten für die Volkst. Kon-
zerte und Niederdeutschen
Bühne von 3 bis 6 Uhr
an der Theaterkasse.

Bei Einkäufen fragt man nie zu Instrumenten in unsere Zeitung!

**Promenaden
Café und
Konditorei**

Breite Straße 65 * Fernsprecher 415

Täglich: Künstler-Konzert.

Der beste Schwedenpunsch und Aquavit
Carl Larson & Co.

General-Vertreter:
Swedmark & Lundin,
Export Agenturen Import
Lübeck, Breite Str. 39

Fernsprecher Nr. 2003, 2015 und 2016

Piano kauft ständig zu höchst. Preisen
Haußmann, Johannisstr. 14.

Honigs Tuchlager
Fleischhauerstraße 71, laufen

Sie gut, reell und billig
Herren- u. Damenstoffe aller Art.

Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co., Lübeck
Johannisstraße 46 :: Telephon 926
druckt alle im geschäftlichen und privaten Verkehr
erforderlichen Drucksachen.

Gummischäden

an Fahrraddecken repariert
Dampi-Vulkanisier-Anstalt
Hermann Wildhagen.
Fabrikmäßig eingerichtet!
Bedergrube 54. Fernruf 6363.

MAASS & CO.
G. m. b. H.

Kohlengroßhandel
Breite Str. 83
*
Fernsprecher
8604 und 8610.

Emaillhaus **Erich Schauer**
Königstraße 35.

Schweizerhaus **Israelsdorfer Allee**
Fernsprecher 2394
* Restaurant, Konditorei und Café *
* Angenehmer Familienaufenthalt. *

Kaufen Sie bei mir?

Wenn nicht, dann überzeugen Sie sich durch einen Besuch von der Preiswürdigkeit meiner
Ware!

REFORM-WERK

Telephon 2873 * **ROBERT JENTZEN** * Hüxstraße 50
Schuhwaren, Reparaturen, Stepperei-Großbetrieb, Gummisohlen und -Abfälle, Lederauschnitt.
Alle Schuhmacher-Bedarfsartikel.

Größtes Spezial-Haus

Spille & v. Lüthmann
Feine Herren- u. Knabenkleidung.
Elegante Maßanfertigung.

Geschäftl. Rundschau und Dauerfahrplan.

Musterschutz. B. Ohne Gewähr.

Abfahrt der Züge von Lübeck nach
Hamburg: 555, 747, 943 D, 1100, 126, 344, 417, 722, 820 D, 930 S, 935.
Travemünde-Niendorf: 522 W, 800, 207, 655.
Eutin: 714, 1208, 142 D, 200, 725.
Büchen: 500, 800, 130, 418 D, 600. — Segeberg: 150 Werft., 210 Sonnt., 730.
Kleinen: 720, 937 D, 1202, 524, 753, 925.
(Ohne Gewähr. — Musterfahrpl.)

„TROCADERO“

Fernsprecher 787 Schüsselbuden 4
Täglich: Stimmungskonzerte.

Fordern Sie überall nur
Doornkaat
den feinsten Geneder
nach alten Familienrezepten
1806 hergestellt
und weisen Sie Nachahmungen zurück
„Doornkaat“
Aktiengesellschaft Norden



Bezugquellen werden nachgewiesen durch:
Gebr. Steffe, Sambura
Fernsprecher: Roland 2781-2783.
Dr. Steffe, Sambura
Fernsprecher: Roland 2781-2783.

**Roskoffer Butterhandlung, Lübeck, Beder-
grube 9**

Café Bernhardt Fackenburg
Allee 9
Täglich nachmittags
und abends: **Künstlerkonzert.**

Musik Telephon
935
Beckergrube **Dietrich**
„27“

Rheumatismerkrankte! Nicht verzweifeln!
Haben Sie schon
alles versucht? Die letzte **Rheuma Nr. 37.**
aber sichere Rettung ist
zu haben in allen Apotheken!

Franzen & Co. Hüte
Mützen
Hollfstr. 21. Herrenwäpche, Krawatten.

**George Knoop, Fortuna-
Drogerie**
Moislinger Allee 6a, Telephon 2375.

Aug. Lüders
Spezialgeschäft f. Strumpfwaren u. Wäsche.
Manufakturwaren — Wollumtausch
Süxstraße 55.

U. N. Becker
Uhren und Goldwaren
Hollfstr. 40.

Soda-Leim
Hans Jacoby, Untertrave 80
Telephon 3086 und 6480.

Reserviert für
**Hanseatische Toriverwertungs-
Aktien-Gesellschaft**
Engelsgrube 44 * Telephon 664

Norddeutscher Warenhandel L. Koeller
G. m. b. H., Lübeck, Mengstr. 15, Fern-
sprecher 3481, 3482. Abtlg. I: Düngemittel,
Abtlg. II: Säcke, Abtlg. III: Techn. Abteilung.

**Elektro-
Motoren-Reparatur-Werk**
Heinrich Schumann
Schwartauer Allee 14a. Telephon 2832/33.

SCHLUTUP

W. Schild, Schlutup
Das vorteilhafte Einkaufshaus für
Damen-, Kinder- und Herrenkonfektion,
Manufaktur- und Kurzwaren.

Kaufhaus
Max Kankel
Schlutup.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 11. Oktober.

Mut haben.

Mut haben heißt, seinen Willen nicht dem Zufall der Augenblickseindrücke und der Kräfte ausliefern; heißt, in den unvernünftigen Stunden der Müdigkeit den Willen zur Arbeit und zur Tat bewahren.

Mut haben heißt, in der grenzenlosen Unterordnung, die das Gesellschaftsleben von dem einzelnen fordert, irgend einen Beruf wählen und darin tüchtig werden; heißt, die Abneigung überwinden, in die kleinlich und eintönig scheinenden Einzelheiten einer Sache einzudringen. Mut haben heißt, so gut man kann, vollkommen tüchtig in seinem Beruf werden; heißt, jenes Gesetz der Arbeitsteilung verstehen und sich ihm unterwerfen, das die Vorbedingung nützlichen Tuns ist. Mut haben heißt, bei alledem noch Zeit finden, seinen Blick, seinen Geist über den Beruf hinaus auf die weite Welt richten und von einer höheren Warte aus ein ausgebreiteteres Reich zu betrachten. Mut haben heißt, welchen Beruf auch immer man treibe, zugleich ein Praktiker und Philosoph sein.

Mut haben heißt, seine Spinn- und Webmaschine genau überwachen, damit kein Fädchen zerreiße, und doch eine größere und erträglichere soziale Ordnung vorbereiten, wo die Maschine die gemeinsame Dienerin der befreiten Arbeiter sein wird.

Mut haben heißt, die neuen Bedingungen zu beachten, die das Leben für Wissenschaft und Kunst schafft; heißt, die fast unendliche Verwickelung der Tatsachen und Einzelheiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit erforschen und erfassen.

Mut haben heißt, seine eigenen Fehler einsehen, an ihnen lernen, sie meistern, sich von ihnen nicht überwältigen lassen, vielmehr seine Wege weitergehen.

Mut haben heißt, das Leben lieben und dem Tode mit Ruhe ins Auge schauen; heißt, tätig sein, sich großen Zielen widmen, ohne zu wissen, welcher Lohn unserem Streben im tiefen, unergündlichen Weltall bereitet sein wird.

Mut haben heißt, die Wahrheit suchen und sie sagen, sich nicht dem vorübergehenden Gescheh der triumphierenden Lüge unterwerfen, unsere Seele, unseren Mund und unsere Hände nicht zum Wiederhall des einfältigen Beifalls und des fanatischen Hohnes machen.

Jean Jaures.

Was lauf' ich mir dafür?

Zurzeit werden neue Reichsbanknoten zu 5 und 10 Milliarden gedruckt. Die neuen Scheine werden mit kleinen Abweichungen in der Art der 100-Millionen-Scheine angefertigt.

Es ist noch nicht so lange her, als wir den ersten Tausendmarktschein am Jahrtag bewundernd in die Tasche steckten. Dann kamen wir die 5-, 10-, 20-, 50 000- und 100 000-Mark-Scheine an, schließlich die halben und ganzen Millionen. Aber Zeit zum Ankaufen war nicht lange. Ja, ehe oder bevor dieses Papiergeld in der Hand war, verlor es seinen Kaufkraft ins Bodenlose. Der Papiermillionär entpuppte sich als ein arbeitsloser Wicht, sobald er für die in Papiergeld umgesetzte Arbeitskraft Lebenswerte kaufen wollte. Nun kommt der Milliardenschein und macht dieselben Bedrohungen wie seine vorherigen in der Welt zerstreuten Bruderbanknoten. Mit Angst und Grauen erkundigt man sich nach dem Dollarkurs. Und wer sich nicht darum kümmert, der erfährt beim Einkauf von Brot, Lebensmitteln, Feuerung die Nichtigkeit aller illusionären Zahlenwerte. Das deutsche Geld ist das schlechteste der Welt, es konkurriert mit der Unwertigkeit des russischen Rubels. So weit hat es Deutschland gebracht. Dabei haben wir eine intakte hochentwickelte Wirtschaft, eine gute Ernte. Die Besitzenden verfügen über enorme Vermögenswerte. Ausländisches Geld aus Ländern mit starker Wäsluta zirkuliert in Massen in Deutschland, es ist ungeheuerlich in den Geldbörsen. Die deutsche Mark aber sinkt tiefer und tiefer und reißt den Arbeiter weiter ins Elend. Denn er verfügt nicht über die Schwerte, über die Ernte, über die Devisen. Er ist lediglich auf die schlechte Mark angewiesen. Hat er in dieser Woche einen Lohn von 2 Milliarden Papiermark, auf den viele nicht kommen, weil sie Kurzarbeiter sind, so sind das gerade zwei bis 3 Gulden! Sozialrentner, Erwerbslose, Kleinrentner sind noch ungünstiger dran. Die Preise für die Nahrungsmittel, für die Kleidung, für das Schuhwerk werden aber dem Dollarkurs angepasst. Zum Teil stehen sie weit über ihm und werden täglich überholt. Nach zuverlässigen Mitteilungen wurde gestern auf dem untern Markt begehrten Landgebiet für Butter bis 860 Millionen Mark gefordert. Margarine wurde mit 180 Millionen Mark gehandelt. Was wird sie morgen oder übermorgen kosten? Die Fabrikanten bieten sie für 460 Millionen an und bezeichnen diesen Preis als besonders günstig. Gesteierfleisch kostet 180—250, Schmalz 390, nach dem heutigen Dollarkurs von 7 1/2 Milliarden würde es 1,2 Milliarden kosten. Kartoffeln kosten pro Pfund 3 Millionen und sind wenig oder gar nicht zu haben. Und nun gar das Brot. Es kostet heute in Lübeck noch das marktfreie Schwarzbrot 180, das Weizenbrot 260 Millionen. Heute noch! Wer weiß, ob wir uns morgen nicht den Hamburger Preisen nähern, die bereits mit 570 Millionen Mark eingestellt sind. Die Eisenbahnfahrt beträgt ab 18. Oktober eine Schiffsfahrtsabgabe von 350 Millionen für den Güter- und auf 120 Millionen für den Personenverkehr. Der Arbeiter hat — wenn er Vollarbeiter ist — kaum die Hälfte des Vorkriegslohnes. Nur wenige Arbeiter dürften wesentlich darüber hinaus entlohnt werden. Sie können aber nur einen Bruchteil von dem kaufen, was sie zum Unterhalt brauchen und was sie in der Vorkriegszeit erworben haben. Kleider, Schuhe, Stoffe und andere Artikel stehen im Preise über den Preisen der Vorkriegszeit. Zum Teil sind daran die unhaltbaren Verhältnisse schuld, weil die Preise mit Wucht so hoch gedrückt wurden, damit der Verkäufer seine Ware behält oder wenigstens für die nächsten Tage und Wochen vor Wertverlusten geschützt ist. Daß unter diesen Umständen die Wirtschaft allmählich zum Erliegen kommen muß, dürfte jedem einleuchten.

Nachdem die Mark längst ihre Funktion als Wertaufbewahrungsmittel und Wertmesser verloren hat, beginnt sie in diesen Tagen auch ihre Funktion als Zahlungsmittel zu verlieren. Fabrikanten und Syndikate haben längst schon die Mark ausgefallert oder, soweit sie Papiermark überhaupt noch genommen haben, sich durch unerhörte Entwertungsmaßnahme mehrfach geschickt; nun beginnt mehr und mehr die Mark ihre Kaufkraft auch im täglichen Leben einzubüßen. Einzelne Handwerker lassen sich nur noch mit Lebensmitteln bezahlen, wie uns z. B. von einem Schuhmacher berichtet wird. Die fürchterlichsten Perspektiven sind schon für die aller nächsten Tage vor uns auf, wenn sich die Regierung nicht in letzter Minute noch zur Aktivität aufrafft und

endlich mit der Währungsreform ernst macht. „Schlechter als der Sowjet-Rubel“, das muß für die Regierung ein Signal sein, alle, aber auch alle Kräfte zur Bewältigung der Währungs- und Finanzfragen einzusetzen. Geschieht das nicht, so erwartet uns Chaos, Anarchie und Hungersnot.

Devisenerfassung in Lübeck.

Vom Polizeiamt wird uns geschrieben: Das Reich braucht die ausländischen Zahlungsmittel vor allem, um der bedrohten Ernährung des Volkes durch Zukauf von ausländischem Fett und Korn aufzuhelfen. Deshalb hat es Bestimmungen getroffen, die dieses Zahlungsmittel zwingend den Banken zuführen. Es soll nicht mit ihnen zwecks Spekulation oder Kapitalanlage gehandelt werden. Die Banken leiten die Devisen dem Reich zu; sie stehen dafür unter ständiger Aufsicht des Landesfinanzamtes. Jeder also, der ausländische Zahlungsmittel (z. B. schwedische Kronen, englische Pfunde, holländische Gulden) zu verbergen hat, sei er Deutscher oder Ausländer, muß zunächst zu einer Bank gehen und das ausländische Geld gegen deutsches Geld eintauschen. Jeder Ausländer, der Einkäufe am Hafen oder sonst in Lübeck macht, eine Gastwirtschaft besucht, ein Zimmer mieten will, muß unter allen Umständen mit deutschem Gelde zahlen oder sich erst vorher bei einer Bank oder genehmigten Wechselstube deutsches Geld verschaffen. Dies mag hier und da etwas un bequem sein, aber das Volkswohl geht vor. Keine deutsche Privatperson darf z. B. schwedische Kronen den Mannschaften oder Passagieren der aus Schweden einlaufenden Schiffe gegen Reichsmark oder gegen sonstige Gewährung von Leistungen abkaufen, kein Ladeninhaber, kein Gastwirt darf ausländisches Geld annehmen. Sie machen sich alle strafbar. Uebrigens darf ausländisches Geld bei Inlandsgeheimnissen im allgemeinen nicht gefordert, angeboten, ausbezogen, geleistet oder angenommen werden. Neben den Straßen hat das Reich die Eingehung der betreffenden Devisen angeordnet. Nur dann, wenn man dem Finanzamt anzeigt, daß man beabsichtigt, im Geschäftsverkehr z. B. als Ladeninhaber, Gastwirt, Vermieter, ausländische Werte anzunehmen, darf eine unmittelbare Entgegennahme von Devisen stattfinden. Diese Geschäftsleute haben dann die Devisen regelmäßig abzuführen und stehen dieserhalb unter amtlicher Aufsicht.

Der Führer der Lübecker Deutschnationalen.

Die Stockkonservativen alten Schlages warten mit Schmerzen auf den großen Umsturz, der vergangenes Herrenrecht wieder auf den Schild erhebt. Ihre Aufzüge, den Kurs nach rechts zu drehen und die Sozialdemokraten aus den Parlamenten zu werfen, häufen sich. Diese Sprache bringt auch die Lübeckischen Anzeigen, die unter einem Krachhals und Stabenhagen so tapfer für Kaiser und Reich sohten, und die bei jeder lebhaften parlamentarischen Regung über die böse Demokratie seufzten, zur Wiederbelebung. Am Mittwoch verkündeten sie eine heroische Tat, der deutschnationale Fraktion der Hamburger Bürgerschaft, ferner die Landesverbände Hamburg, Bremen, Lübeck, Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg-Schwerins. Sie richteten eine Rundgebung an den bayrischen Generalkommissar Dr. von Raahr, in der sie ihn als „den deutschen Führer zum nationalen Wiederaufstieg“ grüßen. In der Rundgebung wird gesagt:

„Protestieren, Demonstrieren, Kapitalisieren nach außen, Herrschaft der Straße und des Marxismus im Innern des unheimlich gewordenen Reiches, waren die Gaben des 9. November 1918. Kampf für nationale Ehre, Kampf für den starken Staat über den Parteien, Kampf für die soziale deutsche Volksgemeinschaft soll auf dem Banner des neuen Deutschland stehen, das in Ihnen einen berufenen Führer sieht. Sie haben das Herz der Wasserkerne erobert.“

Siebst du, da klingt der Herzenswunsch der Kolonne Wittern aus. Den zurzeit schlimmsten deutschen Reaktionär als „den deutschen Führer zum nationalen Wiederaufstieg“ zu bezeichnen, kann nur deutschnationale Ueberhebung fertigbringen. Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung in den angezogenen Gebieten will nun diesem „deutschen Führer“ absolut nichts wissen, sie verlangt im Gegenteil seinen Rücktritt, weil sie seine Amtierung als eine Gefahr für das Reich betrachtet. Auch im übrigen haben die Deutschnationalen verflucht wenig Recht, sich über die „Gaben des neunten November“ aufzuhalten. Was waren sie denn am 9. November 1918, nachdem durch ihre Schuld und durch die Schuld ihrer Heroen, die die Fortführung des Krieges bis zum völligen Zerbrechen durchgesetzt hatten, der Zusammenbruch erfolgt war? Sie drückten sich und ihr Heros Ludendorff verduftete unter falschem Namen ins Ausland. Das muß den deutschnationalen Herrschaften immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden, wenn sie sich allzu maßlos machen! Auf Raahr wetten, heißt den Faschismus predigen und Deutschland völlig ruinieren.

Die Zahl der Arbeitslosen

vermehrt sich in Lübeck von Tag zu Tag. Eine beträchtliche Erhöhung der Arbeitslosenziffer erfolgte durch das Stilllegen der Rostocker Schiffsverft, verursacht durch Materialmangel und Mangel an Aufträgen. Auch auf der Flenderwerft sollen heute etwa 200 Mann entlassen werden.

Die Zahl der Erwerbslosen betrug am 10. Oktober 4385, darunter 447 weibliche. Von den übrigen waren 1556 ungelernete Arbeiter, 271 Jugendliche, 717 Metallarbeiter, 420 Bauarbeiter, darunter 143 Maurer und 146 Helfer, 178 Holzarbeiter, davon 142 Tischler, 103 Handelsangestellte, 44 Bäcker, Müller und Konditoren. 348 gehörten verschiedenen Berufen an, davon 112 Schneider, 32 Schuhmacher und 43 Kellner.

Ein alter Parteiveteran. Am Freitag, dem 12. Oktober, feiert unser alter Parteigenosse Fritz Lecke seinen 70. Geburtstag. Schon in seiner Jugend schloß er sich der Arbeiterbewegung an. Unter dem Sozialistengesetz hat Genosse Lecke hervorragend für die Arbeiterbewegung gewirkt. Als Herbergsorater und später als Defonam des Vereinsthanfes hat er stets die Interessen der Arbeiterbewegung wahrgenommen. Mancher Handwerksbursche von früher wird sich seiner gerne erinnern. Der elende Krieg und auch die Nachkriegszeit hat den alten Kempen hart mitgenommen. Aber trotz seines Alters nimmt das Geburtstagskind noch immer regen Anteil an unserem Parteileben. Herzlichen Glückwunsch!

Vom Steuerzahler. Das Finanzamt schreibt uns: Bei unünftlicher Entrichtung der Vorauszahlungen zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer oder der auf diesen aufbauenden Rhein-Ruhr-Abgabe betrug bisher der Zuschlag das Vierfache des Rückstandes für jeden angefangenen halben Monat. Bei Zahlung innerhalb der ersten Woche nach Fälligkeit wurde der Zuschlag nicht erhoben. Mit Wirkung vom 1. Oktober wird nicht mehr der feste Zuschlag in Höhe des Vierfachen erhoben, sondern der Rückstand wird auf seinen Gold wert zurückgeführt und hiernach der am Tage der tatsächlichen Zahlung zu entrichtende Papiermarkbetrag nach Maßgabe des für die Landabgabe geltenden Goldwertrechnungssatzes ermittelt. Durch diese neue Verordnung ist die bisher zugelassene Zahlungsfrist von einer Woche weggefallen. Dies rechtfertigt sich deshalb, weil es sich nicht mehr darum handelt die baldige Zahlung der Vorauszahlungen und der Rhein-

Ruhr-Abgabe zu erzwingen, sondern diese Zahlung im ganzen Monat Oktober freigestellt ist und nur einer Benachteiligung des Reiches durch die Entwertung der Papiermarkbeträge entgegen gewirkt werden soll. Diese Neuregelung gilt, wie sich aus dem Zusammenhang der Verordnung ergibt, nur für die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die sich auf diese gründende Rhein-Ruhr-Abgabe. Im übrigen bleibt es bei der bisherigen Regelung. Insbesondere waren für die Umsatzsteuer die Vorauszahlungen nach den bisher geltenden Bestimmungen bis zum 10. Oktober zu entrichten. Der Zuschlag in Höhe des Vierfachen der Umsatzsteuer tritt daher erst dann ein, wenn der Steuerpflichtige binnen einer Woche nach diesem Fälligkeitstermin nicht gezahlt hat.

Von der Schiffsahrt. Am 17. November tritt der neue 9500 Tonnen große Passagierdampfer „Saarbrücken“ des Norddeutschen Lloyd (Vertretung in Lübeck C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13) von Hamburg aus seine erste Reise nach China und Japan an.

pb. Diebstähle. In vorletzter Nacht wurde aus einer Gartenhütte in der Josephinenstraße ein blaugestrichener Bloßwagen, sowie eine Raubbank, mehrere Hobel und anderes Werkzeug gestohlen. — Einem in der Sandstraße wohnhaften Kaufmann ist von dem Tisch seines Verkaufsladens ein Schrankkasten aus Eichenholz mit 8 Gros Stahlfedern gestohlen worden, und einem in der Reiferstraße wohnhaften Kontorboden ist ein blaugestrichener Handwagen, auf welchem sich 40 Pfund Kartoffeln und ein Spaten befanden, gestohlen worden, als der Wagen kurze Zeit in der Schwarzlauer Allee bei Wilhelmshöhe hingestellt war. — Bei der Durchsuhung der Wohnung eines in der Kl. Gröpelgrube wohnhaften Händlers wurden zwei neue Korbfächer und ein weißer, etwas geflickter Damastbezug gefunden, die offenbar von einem Diebstahl herrühren. — Ein Fahrrad, Marke „Corona“, ist einem hiesigen Kaufmann gestohlen worden.

Die Ermäßigungsätze beim Steuerabzug

werden neuerdings durch das Reichsfinanzministerium, laufend der Geldentwertung angepasst. Der Reichsfinanzminister stellt eine Verhältniszahl fest, mit der in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesen Ermäßigungsätze zu multiplizieren sind. Für die zweite Oktoberwoche (vom 7.—13. Oktober) hat der Reichsfinanzminister die Verhältniszahl auf acht festgesetzt. Damit ist nur eine unvollkommene Anpassung der Ermäßigungen an die Geldentwertung erreicht.

Nach dieser Neufestlegung der Ermäßigungsätze sind vor der Steuerberechnung vom steuerpflichtigen Einkommen folgende Beträge abzuziehen:

	monatlich	wöchentlich
Existenzminimum für den Mann	57 600 000 M.	13 824 000 M.
„ die Frau	57 600 000 „	13 824 000 „
für jedes Kind	384 000 000 „	92 160 000 „
für Werbungskosten	4 800 000 000 „	115 200 000 „

Nehmen wir einen Lohn von 2,5 Milliarden an, dann sind also in der Woche vom 4. 10. bis 10. 10. vor der Steuerberechnung folgende Beträge abzuziehen:

Existenzminimum für Mann und Frau	27 648 000 M.
für zwei Kinder	184 320 000 „
für Werbungskosten	115 200 000 „
Summe	327 168 000 M.

Nach Abzug der Ermäßigungsbeiträge von 327 168 000 Mark verbleibt also ein steuerpflichtiges Einkommen von 2 172 832 000. Die Steuer beträgt 10 Prozent dieses Betrages, also 217 283 200 Mark. Das sind 8,7 Prozent des Einkommens.

Bei der Einführung der laufenden Anpassung der Ermäßigungsätze an die Geldentwertung war vereinbart worden, daß die durchschnittliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die Lohnsteuer 5—6 Proz. des Einkommens nicht übersteigen solle. Es sollte durch die laufende Anpassung vermieden werden, das mit dem Fortschreiten der Geldentwertung der Satz der Lohnsteuer automatisch steigt. Hätte das Ziel erreicht werden sollen, so hätte das Reichsfinanzministerium für die zweite Oktoberwoche einen beträchtlich höheren Multiplikator festsetzen müssen. Statt dessen hat es durch die Festlegung eines zu niedrigen Multiplikators die Lohnsteuer über das vereinbarte Maß hinaus erhöht. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Steuerausschuß haben deshalb eine zureichende Erhöhung des Multiplikators für die zweite Oktoberwoche beantragt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein. Vorstand und Ausschuß (einschl. Bezirksführer) Freitag 12. Oktober, 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Neuerst wichtige Tagesordnung.

Wagung, Gewerkschaftsvorstände! Korrespondenzblatt Nr. 40 ist sofort abzuholen.

Erstes vollständiges Konzert im Gewerkschaftshaus am Freitag, dem 12. Oktober, 7 1/2 Uhr abends. Es sei ganz besonders auf diese erstklassigen und dabei doch eminent billigen Veranstaltungen unseres Orchesters hingewiesen. Mit diesen Konzerten ist beabsichtigt, auch Minderbemittelte teilhaftig werden zu lassen an erbauendem Kunstgenuß. Das erste Programm ist besonders anziehend durch die 5. Sinfonie des Großmeisters Beethoven. Eintritt einschl. Programm nur 15 Millionen.

Infolge Erkrankung des Organisten der Thomaskirche und am Gewandhaus in Leipzig, Günther Remin, muß das für den 12. Oktober angelegte Orgelkonzert in der St. Jakobikirche leider verschoben werden. Der Tag der Veranstaltung wird erneut bekanntgegeben.

Stadtheater. Im Freitag-Ab. Erbauung von „Klarissas halbes Herz“. Sonnabend für die Volksbühne: „Wiener Blut“, Operette von Joh. Strauß.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Das Weiterrücken der Aktion. Hier wurden, wie berichtet, Verhandlungen mit den Kommunisten angebahnt, um gemeinsam dem Ansturm der Reaktion zu begegnen. Wie die SPD. sich diese Zusammenarbeit denkt, ergibt sich aus folgendem Aufruf des Vorstandes der SPD. Hamburg: „Von den kommunistischen Aktionsausschüssen wird nach eben erst angebahnten Verhandlungen zwischen den politischen Parteien gefordert: „Leistet Vorkarbeit für einen Generalaufstand! — Bildung einer Arbeiterwehr zur Abwehr der Spio und Reichswehr“ — „Bildung eines Arbeiterparlaments“ — „Vereitigung des Reichstages“ usw. Diese Forderungen, die auch in der „Volkszeitung“ erschienen sind und dort vertreten werden, werden von der Sozialdemokratischen Partei nicht gestellt und nicht gebilligt, das ist der grundsätzliche Gegensatz zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Partei. Diese entgegengesetzten Grundzüge zu wachen ist die erste und grundlegende Aufgabe der Parteien mit dem Ortsausgang gewesen. Die Arbeiterbewegung steht gegen die Spio

und Reichswehr aufzubringen, den Generalstreik jetzt zu propagieren, hält die Sozialdemokratie für verantwortungslos. Wer solche Parolen unterstüzt, hilft mit dazu, die am Montag begonnene Verhandlungen künftig unmöglich zu machen. Wir fordern von allen Parteigenossen und -genossinnen in den Betrieben, die Besonnenheit und Geschlossenheit zu wahren und nur Parolen und Richtlinien unserer Parteileitung zu beachten."

Gewerkschaften.

Kampf gegen die Gewerkschaften. Sie lügen nie, die Kommunisten; sie benutzen die Lüge nur als Kampfmittel. Die "Rote Fahne" ist wieder erschienen und beginnt sofort wieder den Kampf gegen die SPD. und dem ADGB mit diesem üblen Kampfmittel. Nichts ist den Kommunisten mehr verhasst als die SPD. und der ADGB., insbesondere aber deren Führer. Sie wollen Partei und Gewerkschaften ihrer Diktatur unterwerfen, ihre "Führer" wollen sich an die Stelle der Führer der SPD. und des ADGB. setzen. Der Opposition in unseren Reihen werden andauernd die übelsten Besenuren erteilt, um sie aufzustacheln, die Geschäfte der SPD. zu besorgen. In einem "Der Raub des Achtstundentages" überschriebenen Artikel wird das "Kampfmittel" der Lüge gebraucht, zu behaupten, bereits in der Note vom 13. November 1922 hätten SPD. und ADGB. sich offen für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, obwohl der Wortlaut der Note zitiert wird, in der von einer Neuregelung des Arbeitszeitrechtes unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft" die Rede ist, die in die Wege geleitet werden soll. Die Erklärung für die "Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit" sei nur eine demagogische Phrase gewesen. Mit solchen "Kampfmitteln" läßt sich natürlich alles beweisen. Der Faden wird in dem jetzt zwei Spalten langen Artikel fortgenommen, um nachzuweisen, daß der Raub des Achtstundentages eigentlich nur durch SPD. und ADGB. zu befürchten ist: die "SPD.-Gewerkschaftsbureaukraten" seien die Verfallenen und darum die um so gefährlicheren Feinde des Achtstundentages. Trotzdem den Lesern der "Roten Fahne" und ihrer Ableser zugemutet wird, diese widerliche Verlogenheit als laudare Wahrheit hinzunehmen, wird ihnen dann in demselben Artikel berichtet, um den ADGB. gegen die SPD. die Gewerkschaften gegen die Partei auszuspielen, daß es erst des Eingreifens Leipzigs, des Bundesvorsitzenden des ADGB., bedürft habe, um zu verhindern, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Beilegung des Achtstundentages nicht zustimme. "Verkappte und darum um so gefährlichere Feinde des Achtstundentages, trotz der Zitierung des Kurstus des ADGB. vom 8. Oktober an die Arbeiterschaft, worin es heißt: "Jetzt ist nicht die Zeit, in euren eigenen Reihen proletarische Gegensätze auszutragen und eure Kräfte zu zerplittern. Gegen die Feinde der Arbeiterschaft muß die geeinte Macht des Proletariats eingesetzt werden." Die mit den Rechtsputzschritten geistig verbündeten Linksputzschritten fürchten offenbar die Einigung des Proletariats zur Beilegung des Achtstundentages. Nur so hätten ihre Lügenkampfmittel in diesem Falle einen Sinn. Die Gewerkschaften in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei haben jahrzehntelang um die Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft, die Maidemonstration für den Achtstundentag aufgenommen, als an eine SPD.-Klasse in Deutschland noch nicht zu denken war und deren "Führer" sich ihr Klassenbewußtsein noch nicht aus der sozialistischen Literatur angeleihen hatten. Und diese SPD.-Führer erdreisten sich heute, uns in der "Roten Fahne" als Feinde des Achtstundentages zu verleumden! Diese durch und durch verlogene Demagogie wäre zum Lachen, wenn sie nicht auf die Verheugung und Verleumdung der Arbeiterschaft bestände, die Verleumdung der Arbeiterschaft weiter zu treiben, die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft zu teilen, um sie für die Moskauer Zwecke zu beherrschen.

Allerlei Wissenwertes.

Kennt der Fisch sein Wohnungswasser? Ueber diese nicht uninteressante Frage hat Emil Eher Untersuchungen angestellt, und

neben einem unbewußten zweckmäßigen Handeln bei Fischen verschiedene Arten auch ein zweckbewusstes Handeln beobachtet. Für das Verhalten der Fische in Laichzeit, die von der Sonne beschienenen flachen Wasserflächen aufzusuchen, nimmt Eher ein unbewußt zweckmäßiges Handeln an. Anders verhält es sich, wenn den Fischen Gefahr droht. Die Furcht vor dem Stärkeren liegt in jedem Fisch; vom Anfang seiner Entwicklung bis zu seinem Ende wird er von seinen Feinden bedroht und verfolgt, und es wird daher den Fischen im freien Gewässer ein Scheues und ängstliches Wesen anerkennen, desgleichen das Aufsuchen von Verstecken bei Gefahr. Jede Art sucht beim Fischfang je nach Sachlage der Gefahr zu entkommen, einige kriechen oben darüber zu entkommen; andere laufen das ganze Netz nach Läden ab, andere gehen auf das flache Wasser ins Gras und legen sich platt auf die Seite; andere stellen sich hinter Holz und stecken in Flußpflanzungen. So, man kann dem Fisch aus den Augen sehen, was er vor hat, wie er überlegt, bevor er springt, wenn er sich auf andere Weise verlorren sieht. Besonders kennt der Fisch seine Wohnungsgewässer bis zu einem gewissen Grade. Versucht man z. B. in Mühlbächen zu fischen, so verschwinden alle, wenigstens die größeren Fische, sofort in den Höhlen der großen Steine, welche auf einer anderen Seite der Lehlaufschleusen angehäuft sind, und gehen nicht eher wieder heraus, bis alle Gefahr vorbei ist. Sind Fische bei zurückgehendem Wasser in kleinen Seen zurückgeblieben, so finden diese sich bald eingekengt, und mit dem nächsten Wasserzug n. die so bald wie möglich wieder herauszukommen. Wird ein Fisch an flachen Ufer erschreckt, so verschwindet er sofort nach dem tiefen Wasser. Ist ein Karpfen durch eine tiefer Stelle eines flachen Gewässers nach einem dahinter gelegenen Tümpel gegangen, so entflieht er bei Gefahr sofort durch diese Stelle wieder zurück, wo er herangekommen ist; mithin muß er wissen, wo er herkam, das Zurückgehen nach Gewässern eines anderen Ortes würde ihm verhängnisvoll werden. Eher glaubt, daß die Fische sehr hochentwickelten Gefühlsinn besitzen, ähnlich der Nase des Jagdhundes oder dem Geruchssinn der Biene, und daß anwachsendes Wasser stärkeren Druck als fallendes Wasser auf die Seitenerven des Fisches ausübt und stärkere Reibung des fließenden Wassers den Fisch zum Vorwachen veranlaßt; daß vermehrter Sauerstoff und vielleicht auch Wärme großen Einfluß hat, ist sicher anzunehmen.

Jüdische Bevölkerung in Amerika und anderen Ländern. Die Vereinigten Staaten sind das Land mit der größten Anzahl Juden: von allen Städten der Welt beherrscht die meisten Juden New York. Das geht aus einer Aufstellung des Statistischen und Informationsbureaus der Jüdischen Sozialen Forderung in New York hervor, nach dessen Erhebungen in der Union 3,6 Millionen Juden leben gegen 3,5 Millionen in Polen und 3,18 Millionen in Rußland. Von den in der Union lebenden Juden wohnen 1.643.000 in der Stadt New York, von deren Bevölkerung sie also nicht weniger als 29 Prozent ausmachen; die nächstgrößten Judenstädte sind Warschau mit 309.000 oder 33 Prozent seiner Gesamtbevölkerung und Wien mit 300.000 oder 16 Prozent der Gesamtbevölkerung. Interessant zu beobachten ist die Ausbreitung der Juden in Kanada; dort gab es im Jahre 1901 nur insgesamt 16.000 Juden, 1911 jedoch bereits 75.000 und 1921 gar 126.000, die sich größtenteils in Montreal, Toronto und Winnipeg konzentrieren. Sie machen nunmehr 1,5 Prozent der kanadischen Bevölkerung aus und nur in drei Städten mit über 5000 Einwohnern sind keine Juden vertreten. — Die heutige jüdische Bevölkerung der Welt wird in dem gleichen Bericht auf 15,5 Millionen geschätzt, von denen mehr als zwei Drittel in Europa, rund 25 Prozent in Nord- und Südamerika und 7,5 Prozent in Asien, Afrika und Australien leben. In dem Gebiet, das die Ukraine, die Krain, Weißrußland, Westrußland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Ungarn, die Tschechoslowakei und Oesterreich umfaßt, leben rund 8,2 Millionen Juden und machen dort 8,1 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Im Jahre 1922 wurden in Palästina 84.000 jüdische Einwohner gezählt, was 11 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. In Syrien, Mesopotamien und Arabien zusammengekommen leben 142.000 Juden, das entspricht 1,5 Prozent der gesamten dortigen Bevölkerung. Auf Kleinasien, Zentralasien und Sibirien kommen 350.000 Juden, was noch nicht 1/2 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht; auf die Länder des fernen Ostens, China, Japan, Indien usw. (bei einer Gesamtbevölkerung von 714 Millionen), kommen 27.000 Juden. Unter der englischen Flagge leben fast 800.000 Juden, davon 295.000 in

Großbritannien und 23.000 in den Dominions, 500.000 unter der französischen, davon 333.000 in Algier, Marokko, Tunis und Syrien.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des "Lübecker Volksboten" zu beziehen.)
Die deutsche Gesetzgebung. Untersuchungsergebnisse der Steuerkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, zusammengestellt im Auftrage der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände als Material für die Funktionäre von Kurt Deinig. Mit einem Vorwort von Rudolf Wiesel. (40 S.) Berlin 1923. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Grundpreis 0,20, für Gewerkschaftsmitglieder 0,10. (Schlußsatz jeweils um 25 % niedriger als bei Buchhandels.)
Das Steuerprogramm der Gewerkschaften. Dem Wunsche der Arbeitnehmer, daß nun endlich auch die Kreise von der Steuergelehrsamkeit erfaßt würden, die bisher nur spärlich und dann noch recht verspätet ihren Steuerpflichten nachkamen, wurde durch eine Eingabe an die Regierung entprochen, die auf Grund eines Untersuchungsergebnisses der Steuerkommission des A.D.G.B. des Afa-Bundes und des A.D.B. erfolgte. An den Untersuchungsarbeiten, die jetzt in einer Broschüre "Die deutsche Steuergelehrsamkeit" bei der Verlagsgesellschaft des A.D.G.B. Berlin S.W. 16 zusammengestellt wurden, haben namhafte Sachverständige auf den Gebieten des Steuer- und Finanzwesens mitgearbeitet.
Nützliche und Kostbare über die russische Gewerkschaftsbewegung von S. Schmarz. (32 S.) Berlin 1923, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Grundpreis —,15, für Gewerkschaftsmitglieder Grundpreis 0,10. (Schlußsatz jeweils 25 % niedriger als bei Buchhandels.) Die Schrift beruht auf dem von den Volkswissenschaftlern selbst veröffentlichten Daten.

... Das Volk schließt die Augen.

Das Volk ist nicht schlammernüde und schlafbedürftig. Nicht Mattigkeit überfällt uns, nicht das angenehme Gefühl, das man empfindet, wenn man eine große Arbeit geleistet hat, monach sich gut ruhen läßt... nein, wir schließen die Augen und wagen kaum mehr zu atmen.
Um uns gaufelt und schaukelt der Wahnsinn; das Hirn hämmert, das Blut stockt, tief im Abgrund gähnt das Entsetzen... tanzen die Rachegeötinnen... Das sind die Gestalten, die mit grimmigen Blicken heraufjöhren und uns zurufen: "Hältst du Masse Mensch, so martern wir im Falle deine jämmerliche Seele und wir zerstückeln sie in die kleinsten Moleküle."
Das Volk... wir schließen die Augen und wir wagen nicht mehr zu atmen. Die Sprache ist geraubt, das Blut fließt träge und tropfenweise nur, und nur die Phantasie lebt und quält uns: "Was wird nun werden?"
Was wird, wenn wir vollends körperlich und geistig verlagen, wenn wir alle am Straßenrand betteln müssen, verzweifelt, verelendet, hungrig...?
Und die anderen Menschen, jene in Glückland, jubeln und pfeifen auf ihr Gold, das der Staat festhält, um Wohlstand zu verbürgen.
Was haben wir gesündigt? Was haben wir begangen? Sind wir Mörder gewesen oder andere Verbrecher?
Wir waren Menschen, wie die anderen, teils Freidenker, teils Gottgläubiger... Aber Gott ist nirgends mehr zu finden. Er lebt in Amerika, bei den Indios, bei den Azteken... lebt in Frankreich... dort lebt er immer froh und vergnügt.
Wir aber sind gefesselt und bis zur Halsnahe geblüht und warten auf den erlösenden Todesstoß des freischützligen Scharfrichters.
Weshalb diese lang hingedehnte Qual?! Erbarmt sich keiner dieser armeneligen, unterernährten Köpfe?
Wir müssen weiter in Qualen uns verzehren, die letzte Substanz erfassen und dann... und dann... Der Henker der Geschichte weilt es. Das Volk ist des Schicksals gewärtig und schließt die Augen...
Egon S. Straßburger.

Amtlicher Teil
Bekanntmachung.
Der Fußweg von der Lübeck-Möllner Landstraße bis zur Westgrenze der Koppel "Bauernvogelshaus" in der Gemarkung "Harmsdorf" wird hiermit aufgehoben. (7448)
Lübeck, 10. Okt. 1923. Die Baubehörde.

Die Sätze der Rechtsordnung der Schornsteinfeger sind vom 7. Oktober ab mit 550 zu verbindlich. (7447)
Lübeck, den 10. Okt. 1923. Das Polizeiamt.

Häffertel zu verkaufen. (7424) Heinrichstr. 20.
Brennherde geg. Wochwagenräder zu tauschen oder verkaufen. (7441) Gintjesdamm 27c.
2 fette Gänse gegen Damenrad zu tauch. Ang. u. G 354 a. d. Exp. (7423)
Gut erhält. Damenrad gegen Lebensmittel zu tauschen. Angeb. unter G 357 an die Exp. d. Bl. (7443)
Verloren in der Bedersgrube H. u. gr. Schlüssel. Abzugeben gegen hohe Belohn. Untertrasse 79, H. (7430)
Ein Reol oder Schrank fürs Büro geeignet und Verier Brücken zu kaufen gesucht. Ang. unt. G 355 an die Exp. d. Bl. (7422)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungssitz: Lübeck
Arbeitsgemeinschaft.
Löhne für die Woche vom 10.-16. Oktober: Gesellen über 24 Jahre 85.000 Mk., vom 2. Gesellenjahre bis zum 24. Lebensjahre 50.000.000 Mk., um 1. Gesellenjahre 65.000.000 Mk. (7403)
Die Lohnkommission.

Nichtamtlicher Teil
Die Verlobung mit Ludwig Rams in mecklenburg aufgehoben. (7457) Alma Hallstein.
Bei meiner Abreise nach Amerika allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebenswünsche! (7425)
Karl Klinkhammer und Familie.
Dankagung.
Allen, die unsern lieben Sohn die letzte Ehre erwiesen und einen Satz so reich mit Blumen schmückten, sagen herzlichsten Dank! (7446)
Joh. Jäger und Frau Berwert.
Junges Ehepaar sucht möbl. Zimmer mit Kochgeleg. Nähe Bahnhof. Mündig. Ang. u. G 353 an die Exp. d. Bl. (7421)
Ein Haus zu verk. mit Gas, 2-Zim.-Wohn. mögl. in Tauch gegeben werden, am liebsten Holsteinen. Näheres Engelsgrube 31. (7424)
Ein großer Stuhl zu verkaufen. (7445) St. Burgstr. 11, p. i. Hl.
Ein Zugänger zu verk. od. geg. Schlüssel zu tauschen. (7444) Aufwandsstr. 1.
Ein Zugänger, 55 bis 60 Jhr. schwer, gegen ein Gartenfahrzeug zu tauschen. (7456) Kampelsdorfer Allee 80.

Zimmer- und Tischlerarbeiten
werden preiswert ausgeführt. Bahnh. 46/12. (7426)
Unzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des "Lübecker Volksboten" veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle aufgefertigt sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Hogannistr. 46.

Malerei d. Gold- und Silber-Schmuck, Schiffe, einz. Zähne.
Willi Westfahl
321 Schlegelstr. 321

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/17
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (7416)
Anker-Sandwich, Bernsteine, Emaillierarbeiten, Leder-Arbeiten, Gold- und Silberwaren.

28500
Mitglieder der freien Gewerkschaften, der freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände und der Gewerkschaften der Beamten in Lübeck
lesenden
Lübecker Volksboten als offizielles Publikationsorgan des ADGB., der Afa und des Allg. Deutschen Beamtenbundes. Wer erfolgreich inserieren will, benutze daher den
"Lübecker Volksboten"

Prima Kernleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (7414)
Untere nur erstklassigen, allgemein eingeführten u. nachweislich taufendfach freim. glänzend begutachtet.
Bettstellen
Stahlmattagen, Polster, Decken, Federbetten liefern wir direkt an Private zu günstigen Preisen und Bedingungen. Katalog 43 U frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.) (5507)

Steppdecken
Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann
Breite Str. 31. Fernsp. 8659 (7326)
Uhren
Alle Waren zu Telzhalt.
H. Schütz, Jägerstr. 20

Seife
Kern-Waschseife usw. kauft man am vorteilhaftesten im
Seifenhaus
Fischergrube 43.

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (7418)
Otto Abers
Markt 4 Kohl. 10

Seifen- u. Schuhcreme-Fabrikation im Hause
richten wir ein. Dauernde und sichere Erzeugnisse, besondere Räume nicht nötig. Ausst. kostenlos. Rückporto erm. Chemische Fabrik, Heinrich & Münkner, Zeltz-Aylsdorf. (7489)

Brillanten
große Objekte, Gold-, Silber-, Platin- alte Gebisse kauft ständig
Frick,
Huxstr. 63.